



Schweizerisches Kompetenzzentrum für Menschenrechte (SKMR)
Centre suisse de compétence pour les droits humains (CSDH)
Centro svizzero di competenza per i diritti umani (CSDU)
Swiss Centre of Expertise in Human Rights (SCHR)



JAHRESBERICHT
RAPPORT ANNUEL
RAPPORTO ANNUALE

2013

www.skmr.ch / www.csdh.ch / www.csdh.ch

JAHRESBERICHT 2013

- 6** VORWORT
- 8** RECHTSSCHUTZ GEGEN ÜBERMÄSSIGE POLIZEIGEWALT
- 11** AKTIVITÄTEN
- 14** ZUR MENSCHENRECHTSLAGE IN DER SCHWEIZ
- 16** BANKEN UND MENSCHENRECHTE: INITIATIVE DER «THUN-GRUPPE»
- 18** FINANZEN
- 19** STRUKTUR
- 20** DIREKTORIUM, MITARBEITENDE UND PERSONELLES
- 21** AUSBLICK

RAPPORT ANNUEL 2013

- 24** AVANT-PROPOS
- 26** PROTECTION JURIDIQUE CONTRE L'ABUS DE VIOLENCE POLICIÈRE
- 29** ACTIVITÉS
- 32** LA SITUATION DES DROITS HUMAINS EN SUISSE
- 34** BANQUES ET DROITS HUMAINS: L'INITIATIVE DU «GROUPE DE THOUNE»
- 36** FINANCES
- 37** STRUCTURE
- 38** DIRECTOIRE, COLLABORATRICES ET COLLABORATEURS
- 39** PERSPECTIVE

RAPPORTO ANNUALE 2013

- 42** PREFAZIONE
- 44** PROTEZIONE GIURIDICA CONTRO L'ECESSIVA VIOLENZA DELLE FORZE DI POLIZIA
- 47** ATTIVITÀ
- 50** SITUAZIONE DEI DIRITTI UMANI IN SVIZZERA
- 52** BANCHE E DIRITTI UMANI: INIZIATIVA DEL «GRUPPO DI THUN»
- 54** FINANZE
- 55** STRUTTURA
- 56** COMITATO DIRETTIVO, COLLABORATORI E PERSONALE
- 57** PROSPETTIVE

JAHRESBERICHT

2013

Schweizerisches Kompetenzzentrum für Menschenrechte (SKMR)

VORWORT

2013 war für das Schweizerische Kompetenzzentrum für Menschenrechte ein Jahr der Konsolidierung und der wachsenden Anerkennung seiner Relevanz.

Menschenrechte 2013 im Überblick

Im Berichtsjahr tat sich aus menschenrechtlicher Sicht einiges: So trat das neue Erwachsenenschutzrecht in Kraft. Das Parlament genehmigte die Ratifikation der UNO-Behindertenkonvention und verabschiedete das Bundesgesetz zu privaten Militär- und Sicherheitsfirmen. Das Volk hiess die Änderungen des Asylgesetzes in einem Referendum gut und stimmte damit einer Vereinfachung und Beschleunigung des Asylverfahrens zu. Der Bundesrat kommunizierte seine definitiven

Beschlüsse zu den 140 Empfehlungen des UNO-Menschenrechtsrates im Rahmen der Universellen Periodischen Überprüfung (Universal Periodic Review). Das Bundesgericht präziserte seine Rechtsprechung zum Familiennachzug. Ein Zusammenschluss verschiedener Nichtregierungsorganisationen (NGOs) lancierte eine Kampagne zum Schutz von Hausangestellten und die Schweiz feierte 50 Jahre im Europarat. Gleichzeitig wurde die Vereinbarkeit von Volksinitiativen mit Menschenrechten oft und kontrovers in der Öffentlichkeit diskutiert, Kritik an der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte geübt und in gewissen Kreisen die Frage gestellt, ob internationale Garantien zum Schutz des Individuums künftig vor entgegenstehendem Landesrecht zurücktreten sollen.

Universelle Periodische Überprüfung (UPR) der Schweiz

Im November 2012 beurteilten die übrigen UNO-Mitgliedsstaaten im Rahmen des UPR zum zweiten Mal, wie weit die Schweiz ihren internationalen menschenrechtlichen Verpflichtungen nachkommt und wo es Verbesserungspotential gibt. Von der Öffentlichkeit wenig beachtet, aber von grosser praktischer Relevanz, war die Stellungnahme des Bundesrates zu den Ergebnissen der Überprüfung an einer öffentlichen Sitzung des Menschenrechtsrates im März 2013. Von den 140 Empfehlungen des Menschenrechtsrates nahm die Schweiz 99 an. Dieser Beschluss war für das Schweizerische Kompetenzzent-

rum für Menschenrechte (SKMR) Anlass, eine Sonderausgabe des Newsletters zum UPR und der Schweiz zu publizieren. Einige der Empfehlungen sind zu allgemein gehalten, um konkrete Massnahmen auszulösen oder sind bereits weitgehend erfüllt. Es gibt aber auch Bereiche, wo grössere Anstrengungen erforderlich sind, wenn die Empfehlungen des Menschenrechtsrates bis zur nächsten Überprüfung im Jahr 2016 erfüllt sein sollen. Besonders wichtig für das SKMR ist die deklarierte Bereitschaft des Bundesrates, die Empfehlung zur Schaffung einer unabhängigen nationalen Menschenrechtsinstitution an die Hand zu nehmen. Definitiv wird der Bundesrat im Sommer 2015 entscheiden, wenn die für Anfang 2015 vorgesehene Evaluation des SKMR vorliegt.

Gesteigerte Nachfrage nach Dienstleistungen des SKMR

Dieser Überblick über wichtige Entwicklungen lässt erahnen, wie auch im dritten Berichtsjahr des SKMR Behörden, Vertreter und Vertreterinnen der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft und Private aktiv und gefordert waren, Menschenrechte in und für die Schweiz umzusetzen. Dabei zeigte sich auch, dass ein grosses Bedürfnis nach kompetenter und praxisorientierter Beratung und Unterstützung besteht. Entsprechend gefragt waren die Dienstleistungen des SKMR. Wenn auch die Aufträge, die im Rahmen der Leistungsvereinbarung mit dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) und dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) erbracht werden, die Basis unserer Arbeit darstellt, ist es besonders erfreulich, dass 2013 weitere Bundesstellen, aber vermehrt auch Auftraggeber ausserhalb des Bundes unsere Expertise in Form von Gutachten, Studien und Beratungen in Anspruch nahmen.

Das SKMR war 2013 auch sonst auf vielfältige Weise aktiv. So wurden unter anderem ein Grundlagenpapier aus menschenrechtlicher Sicht zur Knabenbeschneidung und eine Vorstudie über

Menschenrechte im Sozialwesen verfasst. Ein breiteres Publikum nahm an unseren Veranstaltungen zum 65. Jahrestag der Allgemeinen Menschenrechtserklärung im Dezember teil. Eine öffentliche Diskussion an der Universität Zürich widmete sich der menschenrechtlichen Verantwortlichkeit privater Militär- und Sicherheitsfirmen und eine Veranstaltung an der Universität Neuenburg stellte sich der Frage, wie Familienleben und Kindeswohl bei der Ausschaffung ausländischer Delinquenten zu berücksichtigen sind.

Das Jahr 2013 zeigte deutlich, wie wertvoll eine unabhängige, fachlich fundierte und in der Praxis verankerte Beratung und Unterstützung bei der Umsetzung der Menschenrechte sein kann. Ich bin überzeugt, dass die Arbeit des SKMR dazu beiträgt, dass die Schweiz mit ihrem bereits beachtlichen Leistungsausweis die Menschenrechte im eigenen Land noch besser respektieren, schützen und erfüllen kann. Besserer Menschenrechtsschutz im eigenen Land hilft der Schweiz auch international glaubwürdig die Einhaltung der Menschenrechte zu fördern und einzufordern.



Walter Kälin
Direktor SKMR

SKMR-Meilensteine 2013

- Publikation der Studie «Umsetzung der Menschenrechte in der Schweiz»: Eine Studie bestehend aus sechs Teilbänden zu den Themenschwerpunkten des SKMR
- Entwicklung und Lancierung einer App zu Frauenmenschenrechten
- Mehr als 3000 Abonnentinnen und Abonnenten des SKMR-Newsletters
- Sensibilisierung und Vernetzung durch zahlreiche Tagungen, Weiterbildungen und Workshops
- Starke Zunahme von Aufträgen für Beratung und Gutachten (Bundesstellen, NGOs)

RECHTSSCHUTZ GEGEN ÜBERMÄSSIGE POLIZEIGEWALT

Welche Möglichkeiten existieren in der Schweiz zur Überprüfung der Rechtmässigkeit eines polizeilichen Gewalteinsatzes?

Polizeiliches Handeln bewegt sich regelmässig in einem sensiblen Bereich. Als Inhaberin des Gewaltmonopols ist die Polizei befugt, auch in massiver Weise Rechte von Personen zu beschränken, wenn dies zur Sicherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung notwendig ist. Polizistinnen und Polizisten müssen zudem immer wieder in Sekundenbruchteilen entscheiden, ob sie physischen Zwang anwenden oder sogar Gebrauch von der Schusswaffe machen sollen. Dass unter diesen Umständen auch Fehler geschehen, liegt auf der Hand. Einzelne Polizeiangehörige wenden gelegentlich auch bewusst übermässige Gewalt an, wie mehrere Vorfälle in den letzten Jahren belegen. Umso wichtiger ist es für mutmassliche Opfer, als auch für die Glaubwürdigkeit der Polizei selber, dass solche Vorwürfe möglichst objektiv und rasch von einer unabhängigen Instanz geklärt und Verantwortliche zur Rechenschaft gezogen werden können. In der SKMR-Studie «Rechtsschutz gegen polizeiliche Übergriffe» wird erstmals für die Schweiz untersucht, welche verschiedenen Verfahren und Modelle zur Prüfung solcher Vorfälle in den einzelnen Kantonen existieren.

Rügen an die Schweiz

Zur Bekämpfung der Straflosigkeit von Misshandlungen oder von ungerechtfertigten Tötungen durch staatliche Organe verbriefen die Menschenrechte detaillierte Vorgaben, wie der Staat solchen Vorwürfen gegen staatliche Organe verfahrensrechtlich zu begegnen hat. Bereits zweimal gelangte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Urteilen gegen die Schweiz zum Schluss, dass das Verfahren zur Klärung solcher Vorwürfe nicht den Standards der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) entsprach. Im Urteil Scavuzzo-Hager wurde die Schweiz verurteilt, weil die für den Tod einer Person verantwortlichen Polizisten zu Beginn des Verfahrens selber Untersuchungen durchführten. Im letzten Jahr stufte der EGMR zudem im Urteil Dembele die Untersuchung der Genfer Behörden zu Vorwürfen unberechtigter Polizeigewalt als nicht effektiv ein.

Anzeige- und Untersuchungspflichten

Welche Vorgaben statuiert die EMRK in Situationen von Gewalteinsatz durch die Polizei? In erster Linie sind Polizeikorpsangehörige und andere Vollzugsbeamte verpflichtet, Fälle von Misshandlungen, von welchen sie Kenntnis erlangen, ihren Vorgesetzten oder den Justizbehörden zu melden. Die Anzeigepflicht hat jedoch

nur dann praktische Bedeutung, wenn die Polizistinnen und Polizisten, die einen Vorfall melden, deswegen keine beruflichen Nachteile befürchten müssen.

Eng mit der Anzeigepflicht verknüpft ist die menschenrechtliche Pflicht des Staates, Todesfälle infolge Schusswaffeneinsatzes oder Vorwürfe unmenschlicher Behandlung durch staatliche Organe offiziell und wirksam, das heisst möglichst unverzüglich und mit der gebotenen Sorgfalt und Unabhängigkeit, zu untersuchen. Schliesslich ist die Beweislage für mutmassliche Opfer von Polizeigewalt oft prekär, weil typischerweise keine unabhängigen Zeugen den Vorfall beobachten. Die betroffene Person muss die Anschuldigung jedoch nur plausibel machen, etwa mittels eines Arzzeugnisses. Anschliessend obliegt es dem Staat, zum Beispiel die Herkunft einer Verletzung zu erklären.

Praxisrelevanz niederschwelliger Verfahren

Wie kommt die Schweiz diesen menschenrechtlichen Verpflichtungen nach? Die Studie des SKMR zeigt die grosse Praxisrelevanz von informellen und niederschwelligen Verfahren in der Schweiz auf. Besonders bedeutend sind die sogenannte «Bürgerbeschwerde» und in gewissen Kantonen auch das Ombudsverfahren. Die Bürgerbeschwerde, als eine an die Polizei gerichtete Reklamation, ermöglicht Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Angehörigen der Bevölkerung auf unbürokratische Weise beizulegen. Im Rahmen einer Bürgerbeschwerde gemachte Abklärungen erfüllen aber die menschenrechtlichen Anforderungen betreffend die Untersuchungspflicht des Staates bei mutmasslich ungerechtfertigter Gewaltausübung in der Regel nicht. Hierfür ist das Strafverfahren bei Weitem am wichtigsten.

Eine unabhängige Untersuchung im Strafverfahren?

Ein Blick in die Praxis bei Strafuntersuchungen wirft jedoch die Frage auf, ob die Gewaltentrennung und die gesetzlich verankerte Unabhängigkeit der Strafverfolgungsbehörden in einem ausreichenden Mass eine wirksame Untersuchung von polizeilichen Übergriffen garantieren. So kommt es etwa immer wieder vor, dass die Polizei mit der Untersuchung gegen eigene Mitarbeitende von der Staatsanwaltschaft beauftragt wird. Ein solches Vorgehen entspricht jedoch nicht den menschenrechtlichen Vorgaben an eine unabhängige Untersuchung. Denn diese schliessen die Beteiligung des Korps, welchem der angeschuldigte Polizist oder die Polizistin angehört, grundsätzlich aus. Die Anforderungen an eine unabhängige Untersuchung gehen aus menschenrechtlicher Sicht weit über die konkrete Befangenheit im Einzelfall hinaus und verlangen, dass die Untersuchungen von einer hierarchisch und organisatorisch getrennten Behörde durchgeführt werden.

Bedeutung anderer Verfahren

Das Strafverfahren stösst aber auch dann an seine Grenzen, wenn für einen Übergriff zwar eine Verantwortung der Polizei als staatliches Organ, nicht aber die individuelle Verantwortung eines einzelnen Polizisten oder einer einzelnen Polizistin nachgewiesen werden kann. Deshalb ergänzen Rechtsmittel, die sich nicht gegen eine konkrete Person, sondern gegen den Staat als solches richten, das Vorgehen gegen verantwortliche Personen. Zu diesen bis heute von Anwältinnen und Anwälten selten benutzten Möglichkeiten zählen die Staatshaftungsklage, das Verwaltungsverfahren oder die in der Strafprozessordnung vorgesehene Beschwerde gegen Verfahrenshandlungen der Polizei, die eine unmittelbare Beurteilung der fraglichen Handlung durch ein Gericht ermöglicht.

Die Studie «Rechtsschutz gegen polizeiliche Übergriffe» ist auf unserer Website www.skmr.ch erhältlich.

AKTIVITÄTEN

Information, Studien, Beratung und Tagungen:
Das SKMR unterstützt Behörden, Zivilgesellschaft und die Wirtschaft bei der Umsetzung der Menschenrechte in der Schweiz mit einer breiten Palette an Aktivitäten.

Was tun wir?

Aufgabe des SKMR ist es, die verschiedenen Akteure in der Schweiz bei der Umsetzung der internationalen Menschenrechtsverpflichtungen zu stärken und zu unterstützen. Das SKMR bietet dafür individuell angepasste Dienstleistungen und Aktivitäten an:

Dienstleistungen

- Erarbeitung von praxisrelevanten und anwendungsorientierten Studien und Gutachten
- Organisation und Durchführung von Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen
- Informationen über internationale Standards und Best Practices
- Beratung bei internen Prozessen
- Analyse und Übersetzung internationaler Vorgaben für spezifische Kontexte in Verwaltung und Wirtschaft
- Erforschung von Wissenslücken

Zielgruppen

- Bundesverwaltung, Kantonsbehörden, interkantonale Konferenzen und Gemeinden
- private Unternehmen
- Ombudspersonen und Opferhilfestellen
- private Institutionen/Stiftungen
- Nichtregierungsorganisationen
- Universitäten, Fach- und Pädagogische Hochschulen sowie Schulen und andere Bildungsinstitutionen
- Medien
- Verbände, Gewerkschaften, Parteien
- weitere interessierte Kreise

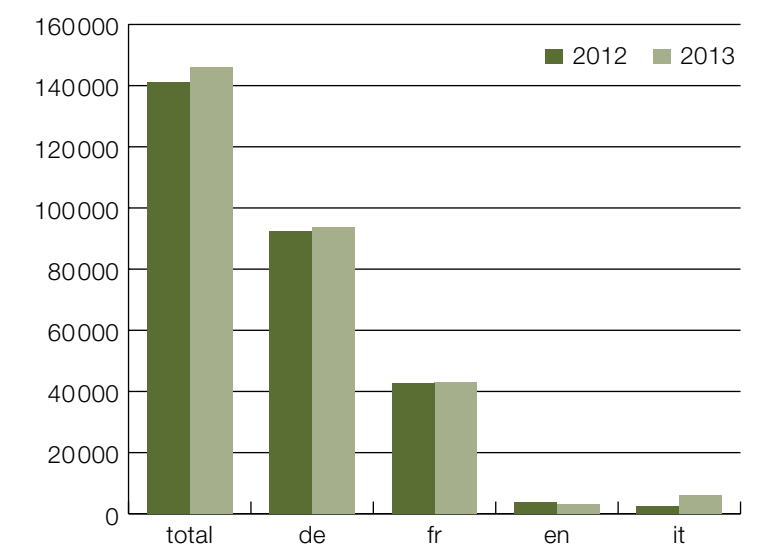
SKMR-Newsletter

Der SKMR-Newsletter kommentiert aktuelle nationale und internationale Menschenrechtsthemen und analysiert deren Bedeutung für die schweizerische Praxis.

Im vergangenen Jahr erschienen zu den verschiedenen Themenbereichen des SKMR 83 Artikel mit vertieften Analysen und Informationen. Der SKMR-Newsletter stösst auf ein breites Interesse. So steigerte sich die Zahl der Newsletter-Empfängerinnen und -Empfänger im Vergleich zum Vorjahr erfreulicherweise um rund 20% auf mehr als 3000 Abonnentinnen und Abonnenten. Der SKMR-Newsletter erscheint in Deutsch und Französisch und kann kostenlos unter www.skmr.ch abonniert werden.

SKMR-Website

Vor allem in der deutschen und französischen Sprachversion wird auch die SKMR-Website rege konsultiert, wie die folgende Statistik zur Anzahl an Seitenabrufen zeigt:



Publikationen 2013

Die folgenden Publikationen sind im vergangenen Jahr veröffentlicht worden und stehen auf der Website des SKMR (www.skmr.ch) zur Verfügung:

Vorstudie «Menschenrechte im Sozialwesen», Gülcan Akkaya/Nora Martin, Februar 2013, 20 S. Vorabklärung zu den Anwendungsbereichen, dem Kenntnisstand und den Bedürfnissen von Institutionen im Sozialwesen zum Thema Menschenrechte.

Die Knabenbeschneidung aus juristischer Sicht, Nathalie Hiltbrunner/Andrea Egbuna-Joss, 10. Juli 2013, 32 S. Grundlagenpapier über die nationalen und internationalen Bestimmungen, die bei der Diskussion über die Zulässigkeit der Knabenbeschneidung zu berücksichtigen sind.

Umsetzung der Menschenrechte in der Schweiz, Eine Bestandesaufnahme im Bereich

- **Migration**, Pascal Mahon/Gianni D'Amato/Marie Maillefer/Fanny Matthey/Silvia Schönenberger/Nicole Wichmann, 144 S.
 - **Freiheitsentzug, Polizei und Justiz**, Jörg Künzli/Alexander Spring/Andreas Kind/Anja Eugster/Evelyne Sturm, 117 S.
 - **Geschlechterpolitik**, Christina Hausammann/Brigitte Schnegg/Anja Roth/Iris Glockengiesser/Rahel Kamber, 89 S.
 - **Institutionelle Fragen**, Andrea Egbuna-Joss/Nathalie Hiltbrunner/Eva Maria Belser, 91 S.
 - **Menschenrechte und Wirtschaft**, Christine Kaufmann/Jonatan Niedrig/Judith Wehrli/Laura Marschner/Christoph Good, 119 S.
 - **Kinder- und Jugendpolitik**, Philip D. Jaffé/Jean Zermatten/Fanny Balmer/Julie Gaudreau/Nicole Hitz Quenon/Paola Riva Gapany/Daniel Stoecklin/Aimée H. Zermatten, 129 S.
- Thematisch gegliederte Analyse zur Umsetzung der Empfehlungen und Entscheidungen internationaler Organe in Bezug auf die Schweiz.

Veranstaltungen 2013

Das Recht des Kindes und des Jugendlichen auf seine sexuelle Orientierung und seine Geschlechtsidentität, 2. – 4. Mai 2013, Sitten, in Zusammenarbeit mit dem Europarat und weiteren Partnern. Mehrtägige Tagung mit den Schwerpunkten internationale Normen und Schutz vor Diskriminierung.

Die Europäische Menschenrechtskonvention und die Kantone, 6. Mai 2013, Freiburg, in Zusammenarbeit mit dem Institut für Europarecht und dem Institut für Föderalismus. Tagung zum Verhältnis EMRK und kantonales Recht und zur Rolle von Bund und Kantonen bei der Rezeption der EMRK im schweizerischen Recht.

Roundtable-Gespräche und Workshop zu Empfehlungen und best practices zum Schutz vor weiblicher Genitalbeschneidung, Juni – November 2013, Bern, im Auftrag des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) und des Bundesamtes für Migration (BFM). Fünf Expertinnen- und Expertengespräche zur Studie «Prävention, Versorgung, Schutz und Intervention im Bereich der weiblichen Genitalbeschneidung in der Schweiz und Workshop im Rahmen der Nationalen Konferenz «Geschlechtsspezifische Gewalt» vom 22. November 2013 in Bern.

Lancierungsveranstaltungen Women's Human Rights App, 24. September 2013, Genf, und 8. Oktober 2013, New York, in Zusammenarbeit mit den Ständigen Missionen der Schweiz bei den Vereinten Nationen. Veranstaltungen zur Lancierung der vom SKMR entwickelten Women's Human Rights App.

Internationaler Menschenrechtsschutz, Oktober – Dezember 2013, Bern, im Auftrag der Abteilung Menschliche Sicherheit (AMS) des EDA. Weiterbildungskurs für Mitarbeitende der Bundesverwaltung.

Runder Tisch zur Ratifizierung des dritten Fakultativprotokolls der UNO-Kinderrechtskonvention durch die Schweiz, 10. Oktober 2013, Bern, im Auftrag der Direktion für Völkerrecht (DV) des EDA. [Bilder 1 und 4] Expertentagung zu den Auswirkungen und Umsetzungsfragen auf nationaler, kantonaler und kommunaler Ebene durch die Ratifikation des dritten Fakultativprotokolls zur Kinderrechtskonvention, das die Individualbeschwerdemöglichkeit an den UNO-Kinderrechtsausschuss vorsieht.

Tourisme sexuel impliquant des enfants: Prévention, protection, interdiction et soins aux victimes, 15. – 18. Oktober 2013, Sitten, in Zusammenarbeit mit der Stiftung Kinderschutz Schweiz/ECPAT Schweiz und dem SECO. Mehrtägige Tagung zur sexuellen Ausbeutung von Kindern im Sextourismus.

«Kompass» in der Schweiz – Menschenrechtsbildungsseminar für Jugendleiter/innen, Jugendarbeitende und Lehrpersonen, 11. – 15. November 2013, Luzern, in Zusammenarbeit mit dem Centre de conseils et d'appuis pour les jeunes (Codap). Kurs zum Menschenrechtsbildungsmanual «Kompass» des Europarates und der Anwendung der damit verbundenen Lehr- und Animationsmethoden.

Workshop Complex Relations: Mobility, Human Rights and the Arab Spring, 14. – 17. November 2013, Lugano, in Zusammenarbeit mit der Franklin University Switzerland, dem Schweizerischen Forum für Migrations- und Bevölkerungsstudien und der Universität Koblenz-Landau. Workshop über die Auswirkungen des arabischen Frühlings auf den Menschenrechtsdiskurs.

Immigration and the West: Myths and misinformation in the public debate on migration, 19. November 2013, Bern, im Auftrag der kanadischen Botschaft in Bern. [Bilder 2, 3 und 5] Veranstaltung mit Doug Saunders, Autor und Journalist, und Gianni D'Amato, Themenbereichsleiter Migration, zu Mythen in der öffentlichen Migrationsdebatte.

Sicherheit auf Kosten der Menschenrechte? Diskussion zur menschenrechtlichen Verantwortung privater Militär- und Sicherheitsfirmen, 9. Dezember 2013, Zürich. Öffentliche Podiumsdiskussion mit Botschafter Theodor H. Winkler, Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces, und Anna Petrig, Universität Basel, über die Regulierungsbemühungen auf nationaler und internationaler Ebene im Bereich der privaten Militär- und Sicherheitsbranche.

La Sécurité au prix des droits humains? Renvoi des criminels étrangers: quelle considération pour la famille et l'intérêt supérieur de l'enfant?, 11. Dezember 2013, Neuenburg. [Bilder 6 und 7] Öffentliche Podiumsdiskussion mit Jean-Nathanaël Karakash, Regierungsrat des Kantons Neuenburg, und Philippe Leuba, Regierungsrat des Kantons Waadt, zur Wegweisung von kriminellen Ausländerinnen und Ausländern und dem Schutz des Anspruches auf Familienleben sowie des Kindeswohls.

Eine App zu Frauenmensenrechten

Das SKMR hat im Auftrag des EDA eine App für Smartphones und Tablets entwickelt, welche über die Rechte von Frauen und Genderfragen einen raschen, Stichwort-gesteuerten Zugriff zu internationalen Rechtsgrundlagen und zu UNO-Resolutionstexten ermöglicht. Die neue App dient der Schweiz nicht nur in ihren multilateralen Verhandlungen, sondern bietet mit ihrer einfachen und schnellen Funktionsweise auch NGOs einen praktischen Nutzen.



Der Zugriff ist über die Website www.womenshumanrights.ch möglich.

Veranstaltungen des SKMR in Zahlen:

Ganz- oder mehrtägige Tagungen: 3
Workshops/Roundtable-Gespräche: 8
Podiumsdiskussionen: 3
Weiterbildungskurse: 2

Ausserdem eine Vielzahl von Vorträgen und Präsentationen an externen Veranstaltungen.

ZUR MENSCHENRECHTSLAGE IN DER SCHWEIZ

Wann immer internationale Gremien die Schweiz in Menschenrechtsfragen kritisieren, werden Stimmen der Entrüstung laut. Eine SKMR-Studie hat untersucht, ob die Kritik an der Schweiz berechtigt ist.

Im internationalen Vergleich steht die Schweiz menschenrechtlich ohne Zweifel gut da. Völkerrechtlich befreit sie dies aber nicht von der Verpflichtung, laufend an der vollen Verwirklichung der Menschenrechte zu arbeiten. Gerade weil die Schweiz ihrem Anspruch gerecht werden will, eine vorbildliche Politik für den Schutz und die Förderung der Menschenrechte zu verfolgen, sollte sie zur Wahrung ihrer Glaubwürdigkeit stets ein besonderes Augenmerk auf den Stand der Menschenrechte im Landesinnern legen.

Sind die kritischen Rückmeldungen von Menschenrechtsorganen der UNO und des Europarats an die Schweiz angemessen und wenn ja, welche Massnahmen haben die Behörden ergriffen, um die identifizierten Probleme zu bearbeiten?

Antworten auf diese Fragen finden sich zum ersten Mal umfassend in der SKMR-Studie «Umsetzung der Menschenrechte in der Schweiz», welche im Jahr 2013 in sechs Teilbänden herausgekommen ist. Die Studie analysiert und bewertet die Empfehlungen internationaler Menschenrechtsorgane an die Schweiz. Dabei wurden die aktuellen thematischen Brennpunkte für die Menschenrechtslage in der Schweiz herausgearbeitet.

In der Folge müssen ein paar exemplarische Befunde genügen.

Lücken im System

Die SKMR-Studie bestätigt die Diagnose der internationalen Menschenrechtsorgane, wonach in vielen Bereichen die statistische Datenlage unzureichend ist, um zu einer realistischen Einschätzung der Menschenrechtslage zu gelangen. So besteht in der Schweiz keine ausreichende solide Datenbasis zum Ausmass des Menschenhandels oder zur sexuellen Ausbeutung von Kindern, auch nicht zu den polizeilichen Übergriffen oder zur Situation von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transgender und intersexuellen Menschen.

Die Studie identifiziert ausserdem etliche Lücken in der Gesetzgebung. So macht sie etwa auf das Fehlen eines umfassenden privatrechtlichen Diskriminierungsschutzes aufmerksam. Dieses Postulat wird in der Politik seit Jahren kontrovers diskutiert. Eine umfassende Studie des SKMR im Auftrag des Bundes zur Frage des Zugangs zur Justiz in Diskriminierungsfällen wurde 2013 lanciert. Das SKMR erarbeitete das Konzept der Studie in Zusammenarbeit mit den interessierten Bundesämtern. Mitte 2015 wird die Studie zum Diskriminierungsschutz fertiggestellt sein und Grundlagen für eine vertiefte Diskussion zu diesem Thema liefern.

Die Kritik der Menschenrechtsorgane der UNO und des Europarates, dass strukturelle Probleme im Bereich der Verwah-

runghaft zu konstatieren sind, wird durch die SKMR-Studie bestätigt. Seit der Einführung der Möglichkeit lebenslanger Verwahrung stellen sich vielfältige rechtliche Probleme, wie etwa die Frage nach der zulässigen Beschränkung der persönlichen Freiheit nach Verbüsung der Freiheitsstrafe oder der Umgang mit pflegebedürftigen Inhaftierten.

Probleme in der Praxis

Die Studie des SKMR identifiziert über die Lücken im System hinaus auch Probleme in der menschenrechtskonformen Anwendung bestehender Gesetze. Verschiedene Beispiele weisen etwa darauf hin, dass nach Herkunft diskriminierende Personenkontrollen durch die Polizei (racial profiling) auch in der Schweiz verbreitet sind.

Auch im Asylbereich sind Probleme mit der Gesetzesanwendung festzustellen. So steht etwa die kantonal geregelte Ausgestaltung der Nothilfe für abgewiesene Asylsuchende öfters in Konflikt mit der Gewährung der sozialen Menschenrechte.

Zwar haben alle Kantone inzwischen Massnahmen gegen häusliche Gewalt in ihren Gesetzen verankert, um Frauen und Kinder besser zu schützen. Doch in der Praxis gibt es auch hier einen beträchtlichen Optimierungsbedarf, wie etwa der eklatante Mangel an Plätzen für gewaltbetroffene Frauen in den Frauenhäusern zeigt.

Bedarf an Prävention

Ein zentraler Befund ist schliesslich, dass bestimmte Arten von Menschenrechtsverletzungen in der Schweiz mit gezielteren und effizienteren Präventionsmassnahmen vermindert werden könnten. Handlungsbedarf besteht beispielsweise nach wie vor in der Prävention von Fremdenfeindlichkeit und rassistischer Diskriminierung.

Auch in der Prävention von Gewalt an Kindern wurde ein Defizit festgestellt, insbesondere betreffend sexuellen Missbrauch und sexuelle Ausbeutung sowie den Suizid von Kindern und Jugendlichen.

Ein brauchbares Arbeitsinstrument

In diesen und den weiteren von der Studie untersuchten Bereichen können die Rückmeldungen der Kontrollorgane der UNO und des Europarates hilfreich sein, um menschenrechtliche Problembereiche zu erkennen und notwendige Korrekturmassnahmen einzuleiten. Die Studie des SKMR zeigt, dass die internationalen Empfehlungen in der Regel nützlich und sachgerecht sind. Falls sie unvoreingenommen aufgefasst werden, sind sie kein Grund für Ärger, sondern ein brauchbares Arbeitsinstrument für Politikerinnen und Politiker sowie für Behörden.

SKMR-Studie in sechs Teilbänden

Die internationalen Empfehlungen zu folgenden Themen werden unter die Lupe genommen:

Migration

Rassismus / Ausländerrecht / Asylrecht / Nothilfe

Polizei und Justiz

Freiheitsentzug / Polizei / Justiziabilität der Sozialrechte / Verfahrensrechte

Geschlechterpolitik

Frauen im Erwerbsleben / Gewalt gegen Frauen / Sexuelle Orientierung

Kinder- und Jugendpolitik

Kindeswohl / Gewalt gegen Kinder / Ausbeutung von Kindern / Recht auf Bildung / Unbegleitete Minderjährige

Institutionelle Fragen

Föderalismus / Rechtsstaatlichkeit / Staat und Religion / Nationale Minderheiten / Diskriminierungsschutz

Menschenrechte und Wirtschaft

UNO-Leitlinien / Arbeitswelt

BANKEN UND MENSCHENRECHTE: INITIATIVE DER «THUN-GRUPPE»

Unterstützt durch das SKMR legt eine Gruppe international tätiger Banken («Thun-Gruppe») die erste Brancheninitiative zur Umsetzung der UNO-Leitprinzipien über Wirtschaft und Menschenrechte für den Finanzbereich vor.

Auf Einladung der Schweizer Grossbanken Credit Suisse und UBS trafen sich Vertreter und Vertreterinnen international tätiger Banken im Mai 2011 in Thun, um über Auswirkungen der UNO-Leitprinzipien zu Wirtschaft und Menschenrechten (auch als sogenannte Ruggie-Leitprinzipien bezeichnet) für den Bankbereich zu diskutieren. Die teilnehmenden Banken wollten die Umsetzung der UNO-Leitprinzipien gemeinsam verantwortungsvoll an die Hand nehmen und nicht auf allfällige gesetzliche Vorgaben warten. Das SKMR begleitete den Prozess wissenschaftlich.

Banken – (k)ein Sonderfall

Die UNO-Leitprinzipien verlangen von Unternehmen die Formulierung einer unternehmerischen Menschenrechtspolitik (Grundsatzverpflichtung), deren Konkretisierung in der operationellen Sorgfaltspflicht sowie die Schaffung von Abhilfe- und Wiedergutmachungsmechanismen. Was auf dem Papier bestechend einfach klingt, muss für die praktische Umsetzung in den Geschäftsbereichen einer Universalbank – wie in anderen Wirtschaftsbereichen – zuerst in eine verständliche und anwendungsorientierte Sprache übersetzt und mit konkreten Inhalten gefüllt werden.

Da Banken ihre Dienstleistungen in praktisch allen Bereichen der Wirtschaft anbieten und über vielfältige Geschäftsbeziehungen mit Unternehmen und Kunden verbunden sind, sind Menschenrechtsverletzungen auf verschiedenen Ebenen ein Thema: Zum einen können Banken durch eigene Handlungen Menschenrechte beeinträchtigen, z. B. durch diskriminierende Regelungen für die eigenen Angestellten. Zum andern werden Banken auch mit Menschenrechtsverletzungen ihrer Kunden in Verbindung gebracht, etwa wenn es im Rahmen eines von einer Bank finanzierten Projekts zu Zwangsumsiedlungen kommt, oder Unternehmen, in die eine Bank investiert, Menschenrechte verletzen.

Angesichts der Komplexität des Bankgeschäfts ist die Ausgestaltung der unternehmerischen Sorgfaltspflicht gemäss den UNO-Leitprinzipien für Banken eine besondere Herausforderung. Die «Thun-Gruppe» entschied deshalb, sich in einem ersten Schritt mit einem Diskussionspapier auf dieses Thema und damit die Leitprinzipien 16–21 zu konzentrieren.

Perspektivenwechsel: Der Mensch im Mittelpunkt

Eine der wichtigsten Neuerungen der UNO-Leitprinzipien ist die Öffnung der Perspektive von einem rein risikoorientierten Ansatz hin zu einer Fokussierung auf die betroffenen Menschen. In den Arbeiten der «Thun-Gruppe» zeigt sich dieser Perspektivenwechsel daran, dass negative Auswirkungen auf die Menschenrechte vermieden und gemildert werden sollen, unabhängig davon, ob sie ein Risiko (Reputation, finanzielle Folgen etc.) für die Bank darstellen.

Konkret: Menschenrechte im Bankgeschäft

Um die Sorgfaltspflichten alltagstauglich zu formulieren, wurde die Bedeutung der UNO-Leitprinzipien für jeden der drei typischerweise von einer Universalbank wahrgenommenen Geschäftsbereiche einzeln analysiert. Für jeden Bereich werden die wichtigsten Risiken und die zu stellen Fragen aufgeführt. In der Praxis bestehen für das Private and Corporate Banking bereits relativ detaillierte Regelungen, während das Thema Menschenrechte für das Asset Management noch weitgehend neu ist.

Warum nur ein Diskussionspapier und kein Branchenstandard?

Viele kontrovers diskutierte Fragen wie beispielsweise die Definition einer Geschäftsbeziehung werden in den UNO-Leitprinzipien nicht beantwortet. In der UNO, der OECD und der EU sowie verschiedenen Staaten laufen derzeit Diskussionen, wie die UNO-Leitprinzipien umgesetzt werden können. Vor diesem dynamischen Hintergrund überrascht es nicht, dass das Papier der «Thun-Gruppe» nicht als Branchenstandard, sondern im Oktober 2013 als Diskussionspapier publiziert wurde. Sieben Banken unterstützen das Papier offiziell: Barclays, BBVA, Credit Suisse AG, ING Bank N.V., Royal

Bank of Scotland (RBS) Group, UBS AG und UniCredit. Das Papier enthält keine allgemeine Verpflichtungserklärung zu den Menschenrechten, sondern überlässt deren Ausarbeitung den beteiligten Banken, die denn auch ganz unterschiedliche Modelle gewählt haben.

Das Diskussionspapier betont, wie wichtig die Unterstützung der Geschäftsleitung sowohl im Hinblick auf die interne Akzeptanz als auch die Vereinbarkeit und Kohärenz mit anderen Geschäftspolitiken ist. Die Entwicklung entsprechender Führungs- und Ausbildungsmaßnahmen ist deshalb unerlässlich.

Wie weiter?

John Ruggie präsentierte dem UNO-Menschenrechtsrat die Leitprinzipien nach sechsjähriger Arbeit als «the end of the beginning». Das gilt auch für die Arbeiten der «Thun-Gruppe». Mit dem Bekenntnis zur Umsetzung der UNO-Leitprinzipien nehmen die Mitglieder einen Perspektivenwechsel von einer reinen Risikobetrachtung hin zu den Opfern von Menschenrechtsverletzungen vor. Dies stellt zweifellos einen Meilenstein dar, der auch andere Branchen beeinflussen wird. Wie ernst es den Banken damit ist, wird die konkrete Umsetzung zeigen.

Das **Statement** und das **Diskussionspapier** der «Thun-Gruppe» ist zu finden unter den Publikationen «Menschenrechte und Wirtschaft» auf unserer Website www.skmr.ch.

FINANZEN

Bundsgelder und Einnahmen aus Aufträgen

Wie wird das SKMR finanziert? Für die Dauer des Pilotprojekts erhält das SKMR eine jährliche Grundfinanzierung des Bundes, die vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) und dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) getragen wird. Die Grundfinanzierung beträgt pro Jahr 1 000 000 CHF (abzüglich Mehrwertsteuer). Für diese Grundfinanzierung erbringt das SKMR dem Bund im Rahmen einer jährlichen Leistungsvereinbarung Dienstleistungen in Form von Studien, Veranstaltungen und Informationsarbeit. Daneben erwirtschaftet das SKMR aus Mandaten von Behörden, NGOs oder der Privatwirtschaft weitere Mittel. Zudem stellen die Universitätskantone und Netzwerkpartnerinstitutionen die Infrastruktur zur Verfügung und Mitglieder des Direktoriums sind teilweise in erheblichem Umfang ehrenamtlich tätig.

Die Erfolgsrechnung für den Bundesbeitrag 2013

Erfolgsrechnung	2013	2012
	CHF	CHF
Bundesbeitrag (nach Abzug MwSt.)	925 925.94	925 925.94
Übertrag Bundesbeitrag aus den Vorjahren	40 507.89	140 658.31
Andere Beiträge	785.02	24 831.13
	967 218.85	1 091 415.38
Personalaufwand Geschäftsstelle	-242 250.45	-331 034.10
Personalaufwand Themenbereiche und Partnerinstitutione	-617 393.57	-610 929.69
Sachaufwand	-101 810.29	-112 760.20
Vorfinanzierung Bund	-5 764.54	-36 691.39
	0.00	0.00

Erläuterungen zur Erfolgsrechnung 2013

Der **Bundesbeitrag** betrug nach Abzug der Mehrwertsteuer 925 925.94 CHF. Zusätzlich bewilligte der Bund, die 2011 beziehungsweise 2012 nicht verwendeten Bundesbeiträge auf das Folgejahr zu übertragen. Die anderen Beiträge umfassen Rückerstattungen aus den Sozialversicherungen.

Die **Ausgaben** umfassen den Personalaufwand der Geschäftsstelle, die Personalkosten für die Mitarbeitenden der Themenbereiche und der beiden transversalen Bereiche sowie die allgemeinen Betriebskosten (Sachaufwand).

Drittaufträge

Dem SKMR gelang es im Vergleich zum Vorjahr durch zusätzliche Aufträge von Behörden, NGOs und der Wirtschaft die Drittmiteinnahmen, das heisst Einnahmen aus Aufträgen ausserhalb der jährlichen Leistungsvereinbarung, annähernd zu verdreifachen. Diese **Einnahmen** konnten somit von 93 295 CHF (2012) auf **369 806 CHF** gesteigert werden. Die erfreuliche Zunahme dieser Einnahmen gründet auf verschiedene zusätzliche Aufträge vor allem des Bundes. Zugenommen haben jedoch auch vermehrt kleinere Aufträge von NGOs. Das SKMR ist zuversichtlich, dass sich dieser positive Trend – wenn auch nicht im gleichen Ausmass – auch für das Jahr 2014 bestätigen lässt.

STRUKTUR

Ein Netzwerk bestehender Universitätsinstitute und weiterer Partner

Das SKMR ist ein Netzwerk der Universitäten Bern, Freiburg, Neuenburg und Zürich sowie des Universitätsinstituts Kurt Bösch (IUKB), des Zentrums für Menschenrechtsbildung (ZMRB) der Pädagogischen Hochschule Luzern (PH Luzern) und des Vereins Humanrights.ch/MERS. Die Mitarbeitenden des SKMR, die in den Themenbereichen tätig sind, verteilen sich auf die verschiedenen Standorte der beteiligten Universitäten beziehungsweise Partnerinstitutionen.

Vertreterinnen und Vertreter dieser Partneruniversitäten beziehungsweise -institutionen bilden zusammen mit dem Direktor, Prof. Walter Kälin, das 12-köpfige **Direktorium**. Das Direktorium nimmt die Gesamtaufsicht des SKMR wahr und ist für die Qualität der Arbeit, das Arbeitsprogramm und das Budget verantwortlich.

In Fragen der strategischen Ausrichtung wird das SKMR von einem **Beirat** beraten, der zu diesem Zweck Empfehlungen an das Direktorium abgeben kann. Der Beirat setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Verwaltung, der Politik und der Zivilgesellschaft zusammen.

Die **Geschäftsstelle** des SKMR koordiniert die Umsetzung der Projekte, organisiert den Informationsaustausch mit und zwischen den Akteuren und unterstützt die Themenbereiche und beteiligten Partnerinstitutionen in operativen Belangen. Die Geschäftsstelle ist an der Universität Bern angesiedelt und wurde 2013 von den beiden Co-Geschäftsführerinnen Evelyne Sturm und Serap Akgül-Demirbas geleitet. Im Berichtsjahr verfügte die Geschäftsstelle insgesamt (Direktor, Co-Geschäftsführerinnen, wissenschaftliche Mitarbeiterin sowie Mitarbeiterin finanzielle Angelegenheiten) über 195 Stellen-

prozente. Der Geschäftsstelle angegliedert ist auch die Projektleitung der Diskriminierungsstudie. Die Co-Geschäftsführerin Serap Akgül-Demirbas verliess das SKMR auf Ende März 2014. Seither wird die Gesamtgeschäftsführung von Evelyne Sturm wahrgenommen.

Die Mitglieder des Beirates per 31.12.2013: Eugen David (Präsident), Doris Angst (Vizepräsidentin), Hans Ambühl, Liselotte Arni, Urs Bolz, Martine Brunschwig Graf, Stefan Brupbacher, Wolfgang Bürgstein, Didier Chambovey, Oskar Freysinger, Michele Galizia, Roy Garré, Ida Glanzmann-Hunkeler, Kurt Gysi, Ulrich Gut, Ursula Haller, Peter Hodel, Max Hofmann, Sandra Imhof, Elisabeth Keller, Luzius Mader, Markus Mader, Sandra Maissen, Pierre Maudet, Geri Müller, Walter Müller, Markus Notter, Sybille Oetliker, Alexandre Plassard, Thomas Pletscher, Ron Popper, Simone Prodoliet, Paul Rechsteiner, Luc Recordon, Manon Schick, Anne Seydoux-Christe, Luzi Stamm, Andy Tschümperlin, Geert van Dok, Dieter von Blarer, Claude Wild. Beobachterin: Vreni Müller-Hemmi

DIREKTORIUM, MITARBEITENDE UND PERSONELLES

Mitglieder des Direktoriums und Mitarbeitende
des SKMR im Jahr 2013



Im Gedenken

Prof. Brigitte Schnegg
16.9.1953 – 29.3.2014

Traurig mussten wir von Prof. Brigitte Schnegg Abschied nehmen. Sie verstarb völlig unerwartet am 29. März 2014. Als Direktorin des Interdisziplinären Zentrums für Geschlechterforschung der Universität Bern hat sie den Themenbereich Geschlechterpolitik des SKMR erfolgreich aufgebaut und geleitet.

Brigitte Schnegg war eine brillante Wissenschaftlerin, eine engagierte Frauen- und Menschenrechtlerin und eine unermüdliche Kämpferin für die Gleichstellung. Ihr grosses Engagement und ihr entschlossener Einsatz für die Anliegen des SKMR haben vieles Unmögliche möglich gemacht. Ihr Scharfsinn, ihr Humor und ihre Herzlichkeit werden uns fehlen.

Geschäftsstelle

Walter Kälin (Direktor)
Evelyne Sturm (Co-Geschäftsführerin)
Serap Akgül-Demirbas (Co-Geschäftsführerin)
Nora Martin
Monika Wyss
Reto Locher (Projektleiter Diskriminierungsstudie)

Themenbereich Migration

Gianni D'Amato (Mitglied des Direktoriums)
Pascal Mahon (Mitglied des Direktoriums)
Dina Bader
Fanny Matthey
Nicole Wichmann

Themenbereich Polizei und Justiz

Jörg Künzli (Mitglied des Direktoriums)
Anja Eugster

Nula Frei
Alexander Spring
Vijitha Veerakatty

Themenbereich Geschlechterpolitik

Brigitte Schnegg (Mitglied des Direktoriums)
Josefin De Pietro
Irene Grohsmann
Christina Hausammann
Anja Roth
Eliane Scheibler
Olga Vinogradova

Themenbereich Kinder- und Jugendpolitik

Philip Jaffé (Mitglied des Direktoriums)
Nicole Hitz Quenon
Paola Riva Gapany
Jean Zermatten

Themenbereich Institutionelle Fragen

Eva Maria Belser (Mitglied des Direktoriums)
Peter Hänni (Mitglied des Direktoriums)
Andrea Egbuna-Joss
Raffael Fasel

Themenbereich Menschenrechte und Wirtschaft

Christine Kaufmann (Mitglied des Direktoriums)
Hans Peter Wehrli (Mitglied des Direktoriums)
Christoph Good
Jonatan Niedrig

Menschenrechtsbildung

Peter G. Kirchschräger (Mitglied des Direktoriums)
Thomas Kirchschräger
Stefanie Rinaldi
Carmen Suter

Information und Sensibilisierung

Alex Sutter (Mitglied des Direktoriums)
Christina Hausammann
Isabelle Michaud
Beatrice Schild

Punktuell an den Aktivitäten des SKMR beteiligt sind folgende Personen: Samantha Besson, Karl Hanson, Patrice Meyer-Bisch, Daniel Stoecklin.

AUSBLICK

Ziele und Herausforderungen für 2014

Das SKMR hat im vergangenen Jahr seine Leistungsfähigkeit weiter unter Beweis gestellt. Mit der grossen Zunahme der Aufträge von Dritten, welche ein Beleg für die Relevanz und eine Anerkennung der geleisteten Arbeit sind, haben wir ein wichtiges Ziel erreicht. 2014 ist für das SKMR nun das letzte Jahr vor der Evaluation und dem Entscheid des Bundesrats über die Schaffung einer unabhängigen Menschenrechtsinstitution. Mit Blick auf die Evaluation wird es für uns ein zentrales Anliegen sein, alle Aufträge aus der Grundfinanzierung bis Ende Jahr abzuschliessen, damit sämtliche erbrachten Dienstleistungen im Rahmen der Evaluation berücksichtigt werden können.

Unsere bisherigen inhaltlichen Schwerpunkte werden wir auch 2014 weiterführen und vertiefen. Damit wird das Profil des SKMR gestärkt. Dank einer gewissen Flexibilisierung in der Leistungsvereinbarung kann sich das SKMR ausserdem künftig vermehrt an aktuellen Themen und Debatten mit Informationen und Stellungnahmen beteiligen. Diese Möglichkeit möchten wir nutzen, um für solche Diskussionen kompetente Hintergrundinformationen anzubieten. Darüber hinaus wird der SKMR-Newsletter ein neues Format erhalten: Unter Beibehaltung der bewährten Qualität wird der Newsletter künftig häufiger und übersichtlicher erscheinen und dabei noch stärker auf vertiefte Analysen fokussieren.

Schliesslich wird dem Beirat für die anstehende Diskussion über den Mehrwert und Nutzen des SKMR eine zentrale Rolle zukommen. Das SKMR wird den Beirat mit entsprechenden Vorbereitungsarbeiten unterstützen.

Das SKMR: Ein Pilotprojekt

Das SKMR ist ein vom Bundesrat bis Ende 2015 angelegtes Pilotprojekt. Nach einer Evaluation Anfang 2015 wird der Bund prüfen, ob das Zentrum in eine unabhängige nationale Menschenrechtsinstitution umgewandelt werden soll, die den international gültigen «Pariser Prinzipien» entspricht.

Januar 2010 / Ausschreibung durch den Bund

14. März 2011 / Rahmenvereinbarung zwischen dem Bund und dem SKMR

6. Mai 2011 / Eröffnungsveranstaltung

Mai bis Dezember 2011 / Aufbau des Zentrums

ab Januar 2012 / Operative Phase

2015 / Evaluation durch den Bund und Entscheid des Bundesrates über die Zukunft des SKMR

Dezember 2015 / Voraussichtliches Ende der Pilotphase

RAPPORT ANNUEL

2013

Centre suisse de compétence pour les droits humains (CSDH)

AVANT-PROPOS

Pour le Centre suisse de compétence pour les droits humains, 2013 a été une année de consolidation marquée par la reconnaissance croissante de son importance.

Les droits humains en 2013: Une vue d'ensemble

De nombreuses évolutions du point de vue des droits humains ont eu lieu durant l'année sur laquelle porte le présent rapport. Le nouveau droit de la protection de l'adulte est entré en vigueur. Le parlement a approuvé la ratification de la Convention de l'ONU relative aux droits des personnes handicapées et a adopté la loi fédérale sur les entreprises militaires et de sécurité privées. Dans un référendum, le peuple a donné son accord sur la modi-

fication de la loi sur l'asile et a ainsi validé une simplification et une accélération de la procédure d'asile. Le Conseil fédéral a communiqué ses décisions finales sur les 140 recommandations adressées à la Suisse par Conseil des droits de l'homme des Nations unies dans le cadre de l'Examen périodique universel (Universal Periodic Review). Le Tribunal fédéral a précisé sa jurisprudence sur le regroupement familial. Un regroupement de différentes organisations non gouvernementales (ONG) a lancé une campagne pour la protection d'employé-e-s de maison et la Suisse a fêté ses 50 ans au sein du Conseil de l'Europe. Parallèlement, la compatibilité des initiatives populaires avec les droits humains a été discutée fréquemment et de manière controversée dans les débats publics. La jurisprudence de la Cour européenne des droits de l'homme a fait l'objet de critiques et certains milieux ont soulevé la question de la primauté du droit interne sur les garanties internationales pour la protection de l'individu.

Examen périodique universel (EPU) de la Suisse

Dans le cadre de l'EPU en novembre 2012, les États-membres de l'ONU ont procédé pour la seconde fois à l'évaluation de la mise en œuvre, par la Suisse, des obligations internationales en matière de droits humains et ont examiné où subsiste encore un potentiel d'amélioration. Bien que peu remarquée par le public, la prise de position du Conseil fédéral sur les résultats de l'examen lors d'une séance publique du Conseil des droits de l'homme en mars

2013 a été d'une grande importance pratique. Des 140 recommandations reçues du Conseil des droits de l'homme, la Suisse en a accepté 99. Cette décision a présenté l'occasion, pour le Centre suisse de compétence pour les droits humains (CSDH), de publier une édition spéciale de sa newsletter portant directement sur l'EPU de la Suisse. Si certaines recommandations gardent un caractère trop général pour pouvoir déboucher sur des mesures concrètes, d'autres sont déjà largement accomplies. Néanmoins, il existe des domaines dans lesquels de plus grands efforts doivent être fournis si les recommandations veulent être satisfaites d'ici au prochain examen qui aura lieu en 2016. La déclaration faite par le Conseil fédéral de prendre au sérieux la recommandation portant sur la création d'une institution nationale des droits humains indépendante revêt une importance particulière pour le CSDH. C'est le Conseil fédéral qui décidera de manière définitive en été 2015 sur ce point, une fois que l'évaluation du CSDH aura été menée. Celle-ci débutera début 2015.

Augmentation de la demande pour les services du CSDH

Cette vue d'ensemble des évolutions importantes laisse présager que, pour cette troisième année du CSDH aussi, les autorités, les représentant-e-s de la société civile, le milieu de l'économie et les acteurs privés ont été appelés à contribuer activement à la mise en œuvre des droits humains en Suisse et pour la Suisse. Cela démontre également un besoin notable de conseils et de soutiens compétents et orientés vers la pratique. Les services du CSDH ont été sollicités en conséquence. Si les mandats réalisés dans le cadre du contrat de prestations avec le Département fédéral des affaires étrangères (DFAE) et le Département fédéral de justice et police (DFJP) représentent la base de notre travail, il est particulièrement réjouissant de constater qu'en 2013 d'autres Offices fédéraux – mais aussi de plus en plus de mandants en dehors de la Confédération – ont

fait recours à notre expertise sous la forme d'études et de conseils notamment.

Le CSDH a été actif de diverses autres manières en 2013. Une étude de base sur la circoncision du point de vue des droits humains et une pré-étude sur les droits humains dans le domaine du travail social ont, entre autres, été réalisées. Un large public a pris part à nos événements organisés à l'occasion du 65^{ème} anniversaire de la Déclaration universelle des droits de l'homme en décembre. Une discussion publique à l'Université de Zurich a été consacrée à la responsabilité en matière de droits humains d'entreprises militaires et de sécurité privées; lors d'un événement à l'Université de Neuchâtel, la considération de la vie familiale et de l'intérêt supérieur de l'enfant dans le cadre du renvoi de criminels étrangers a été abordée.

L'année 2013 a clairement montré à quel point un conseil et un soutien indépendants, professionnels et ancrés dans la pratique peuvent s'avérer précieux lors de la mise en œuvre des droits humains. Je suis convaincu que le travail du CSDH contribue à ce que la Suisse, avec son standard d'ores et déjà élevé, veille encore d'avantage au respect et à la protection des droits humains dans son pays. Cela permet à la Suisse de promouvoir et d'exiger de manière plus crédible le respect des droits humains au niveau international.



Walter Kälin
Directeur du CSDH

PROTECTION JURIDIQUE CONTRE L'ABUS DE VIOLENCE POLICIÈRE

Quelles possibilités existe-il en Suisse pour vérifier la légalité d'un usage de la force par la police?

Les actions policières se déroulent régulièrement dans un domaine sensible. En tant que titulaire du monopole de la violence, la police est légitimée à restreindre – même de manière importante – les droits des individus si cela s'avère nécessaire pour assurer la sécurité et l'ordre public. En outre, elle doit souvent décider en une fraction de seconde s'il faut utiliser la force physique contre une personne ou même faire l'emploi d'une arme à feu. Il est évident que, dans ces circonstances, des erreurs peuvent se produire. Par ailleurs, comme le montrent plusieurs incidents survenus ces dernières années, certains membres de la police recourent sciemment à la force de manière abusive. Il est d'autant plus important, non seulement pour les victimes présumées mais aussi pour la crédibilité de la police elle-même, que de telles plaintes soient élucidées le plus objectivement et le plus rapidement possible par une instance indépendante et que les responsables aient à répondre de leurs actes. L'étude du CSDH concernant la protection juridique en cas d'abus de la part de la police se penche pour la première fois sur les procédures et les modèles existant dans les différents cantons pour examiner de tels incidents.

Blâmes pour la Suisse

Afin de lutter contre l'impunité de l'abus ou la mise à mort injustifiée par des organes étatiques, les droits humains émettent des orientations détaillées sur la manière dont l'État doit réagir sur le plan procédural face à des plaintes contre des organes étatiques. À deux reprises déjà, la Cour européenne des droits de l'homme a conclu, dans ses jugements contre la Suisse, que la procédure pour l'élucidation de telles plaintes ne correspondait pas aux standards de la Convention européenne des droits de l'homme (CEDH). Dans l'affaire Scavuzzo-Hager, la Suisse a été condamnée parce que les agent-e-s de police responsables de la mort d'une personne ont mené elles-mêmes l'enquête au début de la procédure. L'année passée, dans l'affaire Dembele, la Cour européenne des droits de l'homme a jugé inefficaces les enquêtes menées par les autorités genevoises dans le cadre d'une plainte pour l'emploi illégitime de la force par la police.

Obligation de porter plainte et obligation d'enquêter

Quelles sont les directives de la CEDH lors de cas d'usage de la force par la police? En premier lieu, les membres des corps de police (et les autres agent-e-s des services) se trouvent dans l'obligation de signaler à leurs supérieur-e-s ou aux autorités de justice, les cas d'abus dont ils apprennent

l'existence. L'obligation de porter plainte n'a cependant de signification pratique que si les agent-e-s de police qui signalent un incident ne redoutent pas de représailles au niveau professionnel.

En cas de décès suite à l'emploi d'une arme à feu ou lors d'accusation d'un traitement inhumain par des organes étatiques, les droits humains exigent de l'État de mener une enquête officielle et efficace, c'est-à-dire le plus rapidement possible, avec le soin qui convient et de manière indépendante. Cette obligation dictée par les droits humains est étroitement liée à l'obligation de porter plainte. En fin de compte, les preuves pour des victimes présumées de violences policières sont souvent précaires parce qu'il n'existe généralement pas de témoins indépendants de l'incident. Cependant, la personne concernée doit uniquement rendre plausible l'accusation, par exemple, à l'aide d'un certificat médical. Dans ce cas, il incombe ensuite à l'État de clarifier l'origine d'une blessure.

Importance pratique de procédures à bas seuil

Comment la Suisse exécute-t-elle ces obligations en matière de droits humains? L'étude du CSDH met en lumière l'importance pratique de procédures informelles et à bas seuil en Suisse. La plus significative de ces procédures est la dite «plainte citoyenne» ou, dans certains cantons, la procédure d'arbitrage auprès de l'ombudsman. La plainte citoyenne en tant que réclamation adressée à la police, offre la possibilité d'une confrontation non bureaucratique entre la police et les citoyen-ne-s. Généralement, les examens menés dans le cadre d'une telle plainte ne répondent cependant pas aux exigences de l'obligation d'enquêter incombant à l'État lors d'un usage présumé illégitime de la force. Dans ce cas, la procédure pénale est de loin la procédure plus importante.

Un examen indépendant dans la procédure pénale?

L'analyse de la pratique lors d'enquêtes pénales soulève cependant la question de savoir si la séparation des pouvoirs et l'indépendance de l'autorité de poursuite pénale, ancrées dans la loi, peuvent garantir de manière suffisante un examen efficace. Ainsi, il arrive régulièrement que la police soit mandatée par le Ministère public pour évaluer ses propres collaboratrices et collaborateurs. Une telle procédure ne correspond pas aux exigences d'un examen indépendant selon les droits humains. Par principe, celles-ci excluent la participation à l'examen du corps de police dont fait partie l'agent-e de police accusé-e. Selon les droits humains, les exigences d'un examen indépendant vont bien au delà de l'impartialité concrète du cas individuel et demandent que les examens soient menés par une autorité indépendante du point de vue hiérarchique et organisationnel.

Importance d'autres procédures

La procédure pénale atteint également ses limites lorsqu'il peut être prouvé que la police en tant qu'organe étatique est responsable d'un abus mais que la responsabilité individuelle d'un-e agent-e de police ne peut pas être démontrée. Pour cette raison, des moyens juridiques qui ne s'orientent non pas contre une personne précise mais contre l'État en tant que tel viennent compléter les procédures contre les personnes responsables d'abus. L'action en responsabilité de l'État, la procédure administrative ou la plainte contre les actes de procédure de la police prévue dans le Code de procédure pénale, qui permet un jugement de l'acte par un tribunal, représentent les options possibles mais peu exploitées par les avocat-e-s jusqu'à ce jour.

L'étude sur la protection juridique en cas d'abus de la part de la police est accessible en allemand sur le site internet www.csdh.ch.

ACTIVITÉS

Information, études, conseil et colloques:
le CSDH soutient les autorités, la société civile et l'économie
dans la mise en œuvre des droits humains en Suisse
à l'aide d'un large éventail d'activités.

Que faisons-nous?

Le travail du CSDH est de renforcer et de soutenir les différents acteurs dans la mise en œuvre des obligations internationales de la Suisse en matière de droits humains. À cet effet, le CSDH offre des prestations de service et des activités adaptées individuellement:

Les prestations de services

- Études et expertises pertinentes pour la pratique et orientées vers la mise en œuvre
- Organisation et réalisation de formations initiales et/ou continues
- Information sur les standards internationaux et les «bonnes pratiques»
- Conseil au niveau des processus internes
- Analyse et traduction de directives internationales pour des contextes spécifiques d'entreprise et de l'administration
- Travaux de recherche pour combler des lacunes de savoir

Les groupes cibles

- Administration fédérale, cantons, conférences intercantionales et communes
- Entreprises privées
- Services de médiation et services d'aide aux victimes
- Institutions et fondations privées
- Organisations non gouvernementales (ONG)
- Universités, Hautes écoles spécialisées, Hautes écoles pédagogiques, écoles et autres institutions de formation
- Médias
- Associations, syndicats, partis
- Autres milieux intéressés

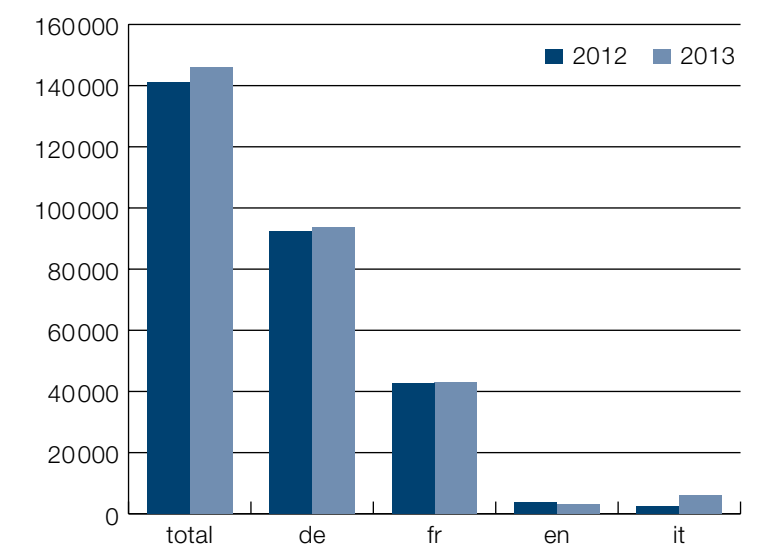
La newsletter du CSDH

La newsletter du CSDH traite de thèmes actuels, nationaux et internationaux relatifs aux droits humains et analyse leur

signification pour la pratique suisse. Au cours de l'année passée, 83 articles comprenant des analyses et des informations approfondies des différents domaines thématiques ont été publiés. La newsletter du CSDH rencontre un grand intérêt et nombre de destinataires a augmenté d'environ 20% par rapport à l'an dernier. Elle compte désormais plus de 3000 abonné-e-s. La newsletter du CSDH paraît en allemand et en français. Il est possible de s'y abonner gratuitement sous www.csdh.ch.

Le site internet du CSDH

Surtout dans les versions allemandes et françaises, les pages du site internet du CSDH connaissent une forte fréquentation, comme le montrent les statistiques suivantes:



Publications 2013

Les publications suivantes sont parues l'année dernière et peuvent être consultées sur le site internet du CSDH (www.csdh.ch):

Vorstudie «Menschenrechte im Sozialwesen», Gülcan Akkaya/Nora Martin, février 2013, 20 p. (en allemand)

Enquête préliminaire sur les domaines d'application, les connaissances et les besoins des institutions du secteur social concernant les droits humains.

Die Knabenbeschneidung aus juristischer Sicht, Nathalie Hiltbrunner/Andrea Egbuna-Joss, 10 juillet 2013, 32 p. (en allemand)

Document cadre sur les dispositions nationales et internationales qui sont à observer dans le débat relatif à l'autorisation de la circoncision des garçons.

Mise en œuvre des droits humains en Suisse, Un état des lieux dans le domaine

- **de la migration**, Pascal Mahon/Gianni D'Amato/Marie Maillefer/Fanny Matthey/Silvia Schönenberger/Nicole Wichmann, 148 p.
- **de la privation de liberté, de la police et de la justice**, Jörg Künzli/Alexander Spring/Andreas Kind/Anja Eugster/Evelyne Sturm, 115 p.
- **de la politique genre**, Christina Hausammann/Brigitte Schnegg/Anja Roth/Iris Glockengiesser/Rahel Kamber, 94 p.
- **des questions institutionnelles**, Andrea Egbuna-Joss/Nathalie Hiltbrunner/Eva Maria Belser, 93 p.
- **des droits de l'homme et économie**, Christine Kaufmann/Jonatan Niedrig/Judith Wehrli/Laura Marschner/Christoph Good, 118 p.
- **de la politique de l'enfance et de la jeunesse**, Philip D. Jaffé/Jean Zermatten/Fanny Balmer/Julie Gaudreau/Nicole Hitz Quenon/Paola Riva Gapany/Daniel Stoecklin/Aimée H. Zermatten, 127 p.

Analyse articulée par thématiques sur la mise en œuvre des recommandations et des décisions des organes internationaux faites à la Suisse.

Évènements 2013

Le droit de l'enfant et de l'adolescent à son orientation sexuelle et à son identité de genre, 2-4 mai 2013, Sion, en collaboration avec le Conseil de l'Europe et d'autres partenaires. Colloque de plusieurs jours avec un accent mis sur les normes internationales et la protection face à la discrimination.

La Convention européenne des droits de l'homme et les cantons, 6 mai 2013, Fribourg, en collaboration avec l'Institut de droit européen et l'Institut du fédéralisme. Colloque sur la relation entre la CEDH et le droit cantonal, ainsi que sur le rôle de la Confédération et des cantons quant à la réception de la CEDH dans le droit suisse.

Tables rondes et atelier sur les recommandations et les pratiques quant à la protection contre les mutilations génitales féminines, juin-novembre 2013, Berne, sur mandat de l'Office fédéral de la santé publique (OFSP) et de l'Office fédéral des migrations (ODM).

Cinq débats d'expert-e-s sur l'étude «Prévention, assistance, protection et intervention dans le domaine des mutilations génitales féminines en Suisse» et atelier dans le cadre de la Conférence nationale «Violence sexospécifique» du 22 novembre 2013 à Berne.

Évènements de lancement de l'application «Women's Human Rights App», 24 septembre 2013 à Genève et 8 octobre 2013 à New York, en collaboration avec les missions permanentes de Suisse représentées à l'ONU. Lancement de l'application «Women's Human Rights App» développée par le CSDH.

Défense internationale des droits humains, octobre-décembre 2013, Berne, sur mandat de la Division Sécurité humaine du DFAE. Cours de formation continue pour les collaborateurs et collaboratrices de l'administration fédérale.

Table ronde sur la ratification du troisième protocole facultatif à la Convention internationale relative aux droits de l'enfant par la Suisse, 10 octobre 2013, Berne, sur mandat de la Direction du Droit international public du DFAE. [Photos 1 et 4]

Débat d'expert-e-s sur l'impact et les questions de mise en œuvre aux niveaux national, cantonal et communal soulevées par la ratification du troisième protocole facultatif de la Convention internationale relative aux droits de l'enfant qui prévoit la possibilité de plainte individuelle au Comité des droits de l'enfant des Nations-Unies.

Tourisme sexuel impliquant des enfants: Prévention, protection, interdiction et soins aux victimes, 15-18 octobre 2013, Sion, en collaboration avec la Fondation suisse pour la Protection de l'Enfant/ECPAT et le SECO. Plusieurs colloques sur l'exploitation sexuelle des enfants dans le tourisme.

«Repères» en Suisse – Formation aux droits humains pour les animateurs et animatrices de jeunesse, les éducateurs et éducatrices et le personnel enseignant, 11-15 novembre 2013, Lucerne, en collaboration avec le Centre de conseils et d'appui pour les jeunes en matière de droits de l'homme (Codap). Cours sur le manuel «Repères» du Conseil de l'Europe pour la pratique de l'éducation aux droits humains avec les jeunes et l'application de celui-ci.

Workshop Complex Relations: Mobility, Human Rights and the Arab Spring, 14-17 novembre 2013, Lugano, en collaboration avec l'Université Franklin en Suisse, le Forum suisse pour l'étude des migrations et de la population et l'Université de Koblenz Landau. Atelier sur les effets du Printemps arabe sur les discours relatifs aux droits humains.

Immigration and the West: Myths and misinformation in the public debate on migration, 19 novembre 2013, Berne, sur mandat de l'Ambassade du Canada en Suisse. [Photos 2, 3 et 5] Événement sur les mythes dans les débats publics sur la migration, avec la participation de Doug Saunders, auteur et journaliste et Gianni D'Amato, responsable du domaine thématique migration.

La sécurité au prix des droits humains? Débat sur la responsabilité des entreprises militaires et de sécurité privées dans le domaine des droits humains, 9 décembre 2013, Zurich.

Débat public sur les efforts de réglementation aux niveaux national et international des entreprises militaires et de sécurité privées, avec la participation de l'Ambassadeur Theodor H. Winkler, Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces et Anna Petrig, Université de Bâle.

La sécurité au prix des droits humains? Renvoi des criminels étrangers: quelle considération pour la famille et l'intérêt supérieur de l'enfant?, 11 décembre 2013, Neuchâtel. [Photos 6 et 7]

Débat public sur le renvoi des criminels étrangers, de la protection du droit familial et du bien-être de l'enfant, avec la participation de Jean-Nathanaël Karakash, Conseiller d'État du canton de Neuchâtel, et de Philippe Leuba, Conseiller d'État du canton de Vaud.

Une application pour les droits des femmes

Le CSDH a développé, sur mandat du DFAE, une application pour les smartphones et les tablettes. Grâce à des mots clés, celle-ci permet un accès rapide aux textes juridiques internationaux, aux résolutions des Nations unies sur les droits des femmes et sur les questions de genre. La nouvelle application ne sert pas seulement à la Suisse dans ses négociations multilatérales mais aussi aux ONG grâce à sa simplicité, sa rapidité de fonctionnement et son usage pratique.



Accès possible via le site internet: www.womenhumanrights.ch.

Les évènements du CSDH en chiffres:

Colloques d'un à plusieurs jours: 3
Workshops/tables rondes: 8
Panels de discussion: 3
Cours de formation continue: 2

Ainsi qu'un certain nombre de conférences et de présentations lors d'évènements externes.

LA SITUATION DES DROITS HUMAINS EN SUISSE

Dès que des organes de contrôles internationaux émettent des critiques à l'encontre de la Suisse sur des questions se rapportant aux droits humains, l'indignation se fait entendre. Une étude du CSDH a cherché à savoir si la critique envers la Suisse était justifiée.

En comparaison internationale, la Suisse se situe sans aucun doute en bonne position en matière de droits humains. Du point de vue du droit international public, cela ne la libère cependant pas de son obligation constante à travailler pour la mise en œuvre des droits humains. C'est précisément parce que la Suisse veut satisfaire son ambition de suivre une politique exemplaire pour la protection et la promotion des droits humains qu'elle doit veiller particulièrement au respect des droits humains dans son pays et préserver ainsi sa réputation et sa crédibilité.

Les réactions critiques adressées à la Suisse par les différents organes internationaux des droits humains de l'ONU et du Conseil de l'Europe sont-elles justifiées? Et si oui, quelles sont les mesures que les autorités ont prises afin de résoudre les problèmes identifiés?

Pour la première fois, des réponses à ces questions sont rassemblées dans l'étude complète «Mise en œuvre des droits humains en Suisse» réalisée par le CSDH et éditée en six tomes en 2013. Cette étude analyse et évalue les recommandations adressées à la Suisse par des organes de contrôle internationaux. Elle fait ainsi ressortir les thématiques actuelles sensibles quant à la question des droits humains en Suisse.

Seuls quelques résultats à titre d'exemple peuvent être exposés dans ce qui suit.

Lacunes dans le système

L'étude du CSDH confirme le diagnostic des organes internationaux des droits humains, à savoir que les données statistiques sont insuffisantes dans beaucoup de domaines pour réussir à dresser une estimation réaliste de la situation des droits humains. Ainsi les données disponibles sur la question de la traite des êtres humains, de l'exploitation sexuelle d'enfants ou encore sur les exactions policières en Suisse sont tout aussi lacunaires que celles existant sur la situation de la population lesbienne, gay, bisexuelle, transgenre ou intersexuelle.

En outre, l'étude identifie un bon nombre de lacunes dans la législation. Ainsi, elle met en lumière l'absence, du point de vue du droit privé, de protection globale contre la discrimination. Cette appréciation reste controversée dans le milieu politique depuis des années. Sur mandat de la Confédération, une étude complète du CSDH a été lancée en 2013 sur la question de l'accès à la justice dans les cas de discrimination. Le CSDH a élaboré le concept de l'étude en collaboration avec les offices fédéraux intéressés. L'étude sera achevée mi-2015 et servira de fondement pour engager un débat approfondi sur la thématique.

La critique des organes des droits humains de l'ONU et du Conseil de l'Europe concernant les problèmes structurels constatés dans le domaine de l'interne-

ment, est reprise dans l'étude du CSDH. De multiples problèmes législatifs apparaissent depuis l'introduction de la possibilité d'un internement à vie, à savoir si la limitation de la liberté personnelle après l'exécution de la peine privative de liberté est admissible ou quel traitement doit être réservé aux détenus nécessitant des soins.

Problèmes dans la pratique

Au-delà de l'identification des lacunes du système, l'étude du CSDH met aussi en avant les problèmes d'application de la loi existante en conformité avec les droits humains. Différents exemples indiquent, notamment, qu'une discrimination selon l'origine lors de contrôles d'identité par la police («racial profiling» ou profilage discriminatoire) est une pratique répandue en Suisse.

Il est également possible de constater des problèmes d'application de la loi dans le domaine de l'asile. Ainsi l'octroi de l'aide d'urgence cantonale pour les requérant-e-s d'asile débouté-e-s entre assez souvent en conflit avec le droit fondamental à des conditions minimales d'existence.

Bien que tous les cantons aient désormais ancré dans leur législation des mesures contre la violence domestique afin de mieux protéger les femmes et les enfants, la pratique révèle qu'il existe ici aussi un besoin d'optimisation considérable, tel que le montre par exemple le manque évident de places disponibles dans les maisons de femmes.

Besoin de prévention

Enfin, un constat fondamental de l'étude est que certains types de violations des droits humains pourraient être évitées ou réduites en Suisse grâce à des mesures préventives plus ciblées et plus efficaces. Un besoin d'action existe, notamment, dans la prévention contre la xénophobie et la discrimination raciale.

Un retard doit également être comblé dans la prévention contre la violence envers les enfants notamment en ce qui concerne

l'exploitation et les abus sexuels ainsi que le suicide d'enfants et d'adolescents.

Un instrument de travail utile

Pour les exemples mentionnés ainsi que dans d'autres champs examinés par l'étude, les retours des organes de contrôle de l'ONU et du Conseil de l'Europe peuvent aider à identifier des domaines problématiques au regard des droits humains et à mettre en œuvre des mesures de correction. L'étude du CSDH montre que les recommandations internationales sont généralement utiles et pertinentes. Si elles sont reçues sans préjugé, elles ne sont pas source de colère, et peuvent constituer un instrument de travail important pour les politicien-ne-s ainsi que pour les autorités.

Étude du CSDH en six tomes

Les recommandations internationales sur les thèmes suivants sont analysées:

Migration

Racisme / Droit des étrangers / Droit d'asile / Aide d'urgence

Police et justice

Privation de liberté / Police / Justiciabilité des droits sociaux / Droits de la procédure

Politique genre

Femmes dans la vie active / Violence faite aux femmes / Orientation sexuelle

Politique de l'enfance et de la jeunesse

Bien-être de l'enfant / Violence faite aux enfants / Exploitation des enfants / Droit à la formation / Mineurs non accompagnés

Questions institutionnelles

Fédéralisme / État de droit / État et religion / Minorités nationales / Protection contre la discrimination

Droits humains et économie

Principes directeurs de l'ONU / Monde du travail

BANQUES ET DROITS HUMAINS: L'INITIATIVE DU «GROUPE DE THOUNE»

Soutenu par le CSDH, un groupe de banques actives au niveau international (le «Groupe de Thouné») lance la première initiative du secteur pour la mise en œuvre des principes directeurs relatifs à l'économie et aux droits humains dans le domaine financier.

Sur invitation des grandes banques suisses Credit Suisse et UBS, les représentant-e-s de banques actives à l'échelon international se sont réunis en mai 2011 à Thouné afin de discuter des effets des principes directeurs de l'ONU relatifs à l'économie et aux droits humains (les dits principes directeurs de Ruggie) destinés au secteur des banques. Les banques participantes souhaitent s'atteler de manière commune et responsable à la mise en œuvre des principes directeurs de l'ONU et non pas attendre d'éventuelles dispositions légales. Le CSDH accompagne la démarche du groupe bancaire.

Banques – (pas) un cas particulier

Les principes directeurs de l'ONU exigent des entreprises la formulation d'une politique en accord avec les droits humains (obligation de principe) dont la concrétisation réside dans le devoir de diligence ainsi que dans la création de mécanismes de médiation et de réparation. Ce qui apparaît comme particulièrement simple sur le papier nécessite cependant d'être traduit dans un langage accessible, orienté vers la pratique et demande un contenu concret avant de pouvoir être mis en œuvre dans

le contexte d'entreprise d'une banque universelle (tout comme dans d'autres domaines de l'économie).

Parce que les banques proposent leurs services dans pratiquement tous les domaines de l'économie et entretiennent de multiples relations d'affaires avec des entreprises et des client-e-s, les violations des droits humains sont possibles à différents niveaux. D'une part, les banques peuvent enfreindre les droits humains par leurs propres actions, notamment par des réglementations discriminantes pour leurs propres employé-e-s. D'autre part, les banques peuvent être liées à des atteintes portées aux droits humains par leurs client-e-s, par exemple lorsque dans le cadre d'un projet financé par une banque a lieu un déplacement forcé de populations ou lorsque les droits humains sont transgressés par des entreprises dans lesquelles une banque a investi.

Face à la complexité de l'activité bancaire, l'aménagement du devoir de diligence selon les principes directeurs de l'ONU représente un défi particulier pour les banques. Par conséquent, le «Groupe de Thouné» a décidé par le biais d'un document de réflexion de concentrer ses efforts, dans un premier temps, sur cette thématique et donc sur les principes directeurs 16 à 21.

Changement de perspective: l'humain au cœur de préoccupations

Un nouvel aspect central amené par les principes directeurs de l'ONU est la distanciation d'une approche uniquement orientée sur le risque en faveur d'une démarche qui se focalise sur les personnes. Dans le travail du «Groupe de Thouné», ce changement de perspective se manifeste par la volonté de réduire et d'éviter les effets négatifs exercés sur les droits humains. Ce indépendamment du fait qu'un risque (réputation, conséquences financières, etc.) peut en découler pour la banque.

Concrètement: les droits humains dans l'activité bancaire

Afin de formuler le devoir de diligence de manière fonctionnelle, la signification des principes directeurs de l'ONU a été analysée individuellement pour chacun des trois domaines d'affaires généralement assurés par une banque universelle. Pour chaque domaine, les risques les plus importants et les questions à se poser ont été listés. Si dans la pratique, il existe d'ores et déjà des réglementations relativement détaillées pour le Private and Corporate Banking, la thématique des droits humains reste largement nouvelle pour le Asset Management.

Pourquoi seulement un document de réflexion et non pas un standard pour le secteur?

De nombreuses questions discutées de manière controversée, telle que la définition d'une relation d'affaires, ne trouvent pas de réponse dans les principes directeurs de l'ONU. Au sein de l'ONU, de l'OCDE, de l'Union européenne ainsi que de différents États, des discussions sont actuellement en cours sur la manière dont les principes directeurs sont à mettre en pratique. Face à ce contexte dynamique, il n'est pas étonnant que le document publié en octobre 2013 par le «Groupe de Thouné» se présente sous forme de document de réflexion et non pas en tant que standard pour le

secteur bancaire. Sept banques soutiennent le document officiellement: Barclays, BBVA, Credit Suisse AG, ING Bank N.V., Royal Bank of Scotland (RBS) Group, UBS AG et UniCredit. Le document de réflexion constitue un texte non contraignant et laisse aux banques signataires le soin de définir leurs obligations en matière de droits humains. Celles-ci ont par ailleurs opté pour des modèles très différents.

Le document de réflexion souligne l'importance que la direction d'une entreprise soutienne cette politique en matière de droits humains, tant en vue d'une acceptation interne que pour la compatibilité et la cohérence avec d'autres politiques d'entreprise. Le développement de mesures de gestion et de formation allant dans ce sens est, par conséquent, indispensable.

Comment continuer?

John Ruggie a remis les principes directeurs de l'ONU au Conseil des droits de l'homme de l'ONU après six années de travail en les décrivant comme étant «the end of the beginning». Ceci vaut également pour le travail du «Groupe de Thouné». Avec leur engagement pour la mise en œuvre des principes directeurs de l'ONU, les membres du groupe adhèrent à un changement de perspective qui s'éloigne d'une approche uniquement orientée sur le risque pour s'axer davantage sur les victimes de violations de droits humains. Cela représente sans aucun doute une étape importante qui pourra également influencer d'autres secteurs. C'est la mise en œuvre concrète qui montrera à quel point les banques prennent au sérieux leur engagement.

La prise de position et le document de réflexion du «Groupe de Thouné» sont accessibles dans les publications du domaine thématique «Droits humains et économie» sur le site internet www.csdh.ch.

FINANCES

Fonds fédéraux et recettes par mandats

Comment le CSDH est-il financé? Pour la durée du projet pilote, le CSDH obtient un financement de base de la Confédération porté par le Département fédéral des affaires étrangères (DFAE) et le Département fédéral de justice et police (DFJP). Le financement de base s'élève par année à 1 000 000 CHF (avant déduction de la TVA). En contrepartie de ce financement, le CSDH fournit à la Confédération des prestations sous forme d'études, d'événements ou d'un travail d'information définies annuellement dans le cadre d'un contrat de prestations.

En plus de cela, le CSDH optie des crédits supplémentaires par le biais de mandats qu'il réalise pour des autorités publiques, des ONG ou le secteur de l'économie privée. D'autre part, les cantons universitaires et les institutions partenaires du réseau du CSDH mettent à disposition les infrastructures. Les membres

du Directoire contribuent, parfois de manière importante, bénévolement aux activités du CSDH.

Explications des comptes de résultat 2013

Le **montant du financement de la Confédération** s'élevait en 2013, après déduction de la taxe sur la valeur ajoutée, à 925 925.94 CHF. De plus, la Confédération a concédé au CSDH de pouvoir reporter les montants non utilisés des financements versés en 2011 et en 2012 sur l'année suivante. Les autres contributions comprennent les remboursements d'assurances sociales.

Les **dépenses** englobent les frais du personnel du Secrétariat général, les coûts du personnel des domaines thématiques et des domaines transversaux ainsi que les frais de fonctionnement général (frais de matériel).

Mandats de tiers

En comparaison avec les années précédentes, le CSDH a pu compter sur des mandats supplémentaires des autorités publiques, des ONG et du secteur économique, ce qui signifie que les **entrées** de moyens tiers en dehors du contrat de prestations annuel ont presque triplé. Celles-ci ont augmenté de 93 295 CHF (2012) à **369 806 CHF**. Cette croissance réjouissante est due à différents mandats additionnels, avant tout de la Confédération. En outre, le nombre de plus petits mandats des ONG s'est accru également. Le CSDH est convaincu que cette tendance positive, sans être de la même ampleur, pourrait se renouveler en 2014.

Comptes de résultat pour le financement de la Confédération 2013

Comptes de résultat	2013	2012
	CHF	CHF
Financement de la Confédération (après déduction de la TVA)	925 925.94	925 925.94
Financements des années précédentes accordés par la Conf.	40 507.89	140 658.31
Autres contributions	785.02	24 831.13
	967 218.85	1 091 415.38
Frais de personnel du Secrétariat général	-242 250.45	-331 034.10
Frais de personnel des domaines thématiques et des institutions partenaires	-617 393.57	-610 929.69
Frais de matériel	-101 810.29	-112 760.20
Financement préalable de la Confédération	-5 764.54	-36 691.39
	0.00	0.00

STRUCTURE

Un réseau constitué d'instituts universitaires et d'autres partenaires

Le CSDH est un réseau constitué par les Universités de Berne, Fribourg, Neuchâtel et Zurich ainsi que par l'Institut Universitaire Kurt Bösch (IUKB), le Centre pour la formation aux droits humains (ZMRB) de la Haute école pédagogique de Lucerne (PH Luzern) et l'association Humanrights.ch/MERS. Les collaboratrices et collaborateurs des domaines thématiques du CSDH sont répartis dans les différents emplacements des universités et institutions partenaires.

Les représentant-e-s des universités et institutions partenaires constituent avec le directeur, le Prof. Walter Kälin, les 12 membres du **Directoire**. Le Directoire assume la supervision du CSDH et porte la responsabilité pour la qualité du travail fourni, pour le programme de travail ainsi que pour le budget.

Le CSDH est conseillé dans son orientation stratégique par un **Conseil consultatif** qui peut adresser des recommandations au Directoire. Le Conseil consultatif est composé de représentant-e-s de l'administration publique, du milieu politique et de la société civile.

Le **Secrétariat général** du CSDH coordonne la mise en œuvre des projets, organise l'échange d'information entre les différents acteurs, et soutient les domaines thématiques et les institutions partenaires dans les questions opérationnelles. Le Secrétariat général est affilié à l'Université de Berne et a été dirigé, en 2013, par les deux co-directrices administratives Evelyne Sturm et Serap Agkül-Demirbas. Dans l'ensemble, le Secrétariat général comprenait un taux d'activité de 195% (un directeur, deux co-directrices administratives, une collaboratrice scientifique ainsi qu'une collaboratrice responsable des aspects financiers). La direction du projet pour l'étude sur la discrimination est, elle

aussi, intégrée au Secrétariat général. La co-directrice administrative Serap Akgül-Demirbas a quitté le CSDH fin mars 2014. Depuis, la direction administrative a été entièrement reprise par Evelyne Sturm.

Les membres du Conseil consultatif au 31.12.2013:

Eugen David (Président),
Doris Angst (Vice-présidente),
Hans Ambühl, Liselotte Arni, Urs Bolz,
Martine Brunschwig Graf, Stefan Brupbacher, Wolfgang Bürgstein,
Didier Chambovey, Oskar Freysinger,
Michele Galizia, Roy Garré, Ida Glanzmann-Hunkeler, Kurt Gysi, Ulrich Gut, Ursula Haller, Peter Hodel, Max Hofmann, Sandra Imhof, Elisabeth Keller, Luzius Mader, Markus Mader, Sandra Maissen, Pierre Maudet, Geri Müller, Walter Müller, Markus Notter, Sybille Oetliker, Alexandre Plassard, Thomas Pletscher, Ron Popper, Simone Prodoliet, Paul Rechsteiner, Luc Recordon, Manon Schick, Anne Seydoux-Christe, Luzi Stamm, Andy Tschümperlin, Geert van Dok, Dieter von Blarer, Claude Wild.
Observatrice: Vreni Müller-Hemmi

DIRECTOIRE, COLLABORATRICES ET COLLABORATEURS

Les membres du Directoire et les collaboratrices
et collaborateurs du CSDH en 2013



En mémoire

Prof. Brigitte Schnegg
16.9.1953 – 29.3.2014

C'est avec grande tristesse que nous avons fait nos adieux à la Professeure Brigitte Schnegg, décédée de manière soudaine le 29 mars 2014. En tant que Directrice du Centre interdisciplinaire d'études genre de l'Université de Berne (IZFG), elle a mis en place et dirigé avec succès le domaine thématique politique genre du CSDH.

Brigitte Schnegg était une chercheuse brillante, une militante pour les droits des femmes et les droits humains ainsi qu'une infatigable combattante pour l'égalité entre les femmes et les hommes. Son engagement et son investissement pour les préoccupations du CSDH ont permis de rendre beaucoup de choses impossibles possibles. Sa perspicacité, son humour et sa gentillesse vont nous manquer.

Secrétariat général

Walter Kälin (Directeur)
Evelyne Sturm (Co-directrice administrative)
Serap Akgül-Demirbas (Co-directrice administrative)
Nora Martin
Monika Wyss
Reto Locher (Responsable de projet pour l'étude sur la discrimination)

Domaine thématique Migration

Gianni D'Amato (Membre du Directoire)
Pascal Mahon (Membre du Directoire)
Dina Bader
Fanny Matthey
Nicole Wichmann

Domaine thématique Police et justice

Jörg Künzli (Membre du Directoire)
Anja Eugster

Nula Frei
Alexander Spring
Vijitha Veerakatty

Domaine thématique Politique genre

Brigitte Schnegg (Membre du Directoire)
Josefin De Pietro
Irene Grohsmann
Christina Hausammann
Anja Roth
Eliane Scheibler
Olga Vinogradova

Domaine thématique Politique de l'enfance et de la jeunesse

Philip Jaffé (Membre du Directoire)
Nicole Hitz Quenon
Paola Riva Gapany
Jean Zermatten

Domaine thématique Questions institutionnelles

Eva Maria Belser (Membre du Directoire)
Peter Hänni (Membre du Directoire)
Andrea Egbuna-Joss
Raffael Fasel

Domaine thématique Droits humains et économie

Christine Kaufmann (Membre du Directoire)
Hans Peter Wehrli (Membre du Directoire)
Christoph Good
Jonatan Niedrig

Formation aux droits humains

Peter G. Kirchschräger (Membre du Directoire)
Thomas Kirchschräger
Stefanie Rinaldi
Carmen Suter

Information et sensibilisation

Alex Sutter (Membre du Directoire)
Christina Hausammann
Isabelle Michaud
Beatrice Schild

Les personnes suivantes ont participé ponctuellement aux activités du CSDH: Samantha Besson, Karl Hanson, Patrice Meyer-Bisch, Daniel Stoecklin.

PERSPECTIVE

Objectifs et défis pour 2014

Au cours de l'année passée, le CSDH a une nouvelle fois fait preuve de son efficacité. Avec la forte augmentation des mandats de tiers, qui démontre bien l'importance et la reconnaissance du travail fourni par le CSDH, un objectif central a été atteint. 2014 constitue la dernière année avant l'évaluation et la décision du Conseil fédéral sur la création d'une institution des droits humains indépendante. L'accomplissement des mandats liés au financement de base avant la fin de l'année représente donc une préoccupation essentielle. Toutes les prestations réalisées doivent pouvoir être prises en considération dans le cadre de l'évaluation.

Le CSDH continuera, en 2014, à traiter et approfondir ses axes thématiques prioritaires. Son profil se trouvera ainsi renforcé. Par ailleurs, grâce à une certaine flexibilisation du contrat de prestations, le Centre pourra dorénavant se consacrer davantage à des sujets et des débats d'actualité par le biais d'informations et de prises de position. Le CSDH souhaite profiter de cette possibilité pour offrir des informations professionnelles et de fond sur des discussions en cours. En outre, la newsletter sera publiée sous un nouveau format: tout en maintenant la qualité des articles, la newsletter paraîtra de manière plus fréquente et se composera d'analyses plus approfondies.

Enfin, le Conseil consultatif assumera un rôle central dans la discussion à venir sur la plus-value et sur l'utilité du CSDH. Le Centre soutiendra le Conseil consultatif dans son rôle par des travaux préparatoires.

Le CSDH: Un projet pilote

Le CSDH est un projet pilote initié par le Conseil fédéral qui durera jusqu'à fin 2015. Suite à une évaluation au début de l'année 2015, la Confédération examinera si le Centre doit être transformé en une institution nationale des droits humains indépendante, qui corresponde aux «Principes de Paris» reconnus au niveau international.

Janvier 2010 / Mise au concours du projet par la Confédération

14 mars 2011 / Accord-cadre entre la Confédération et le CSDH

6 mai 2011 / Cérémonie d'ouverture

Mai à décembre 2011 / Aménagement et organisation du Centre

Dès janvier 2012 / Phase opérationnelle

2015 / Évaluation par la Confédération et décision du Conseil fédéral sur l'avenir du CSDH

Décembre 2015 / Fin prévue de la phase pilote

RAPPORTO ANNUALE

2013

Centro svizzero di competenza per i diritti umani (CSDU)

PREFAZIONE

Nel 2013 il Centro svizzero di competenza per i diritti umani ha assistito al proprio consolidamento ed ad un crescente riconoscimento della sua rilevanza.

Panoramica sui diritti umani nel 2013

Nell'anno in rassegna si è assistito ad alcuni sviluppi nell'ambito dei diritti umani, come l'entrata in vigore del nuovo diritto di protezione sugli adulti. Il Parlamento ha approvato la ratifica della Convenzione ONU sui diritti delle persone con disabilità e ha varato la legge federale sulle società militari e di sicurezza private. La popolazione ha approvato, tramite referendum, gli emendamenti alla legge sull'asilo acconsentendo così alla semplificazione e all'accelerazione della procedura

di asilo. Il Consiglio federale ha comunicato le proprie decisioni definitive in merito alle 140 raccomandazioni del Consiglio dei diritti umani dell'ONU nel quadro dell'esame periodico universale (Universal Periodic Review). Il Tribunale federale ha precisato la propria giurisprudenza in merito al ricongiungimento familiare. Diverse organizzazioni non governative (ONG) si sono riunite per lanciare una campagna per la protezione degli impiegati domestici e la Svizzera ha celebrato i suoi 50 anni nel Consiglio d'Europa. Nel contempo, tra l'opinione pubblica si è aperto un dibattito intenso e controverso sulla compatibilità delle iniziative popolari con i diritti umani, sono state mosse critiche alla giurisprudenza della Corte europea dei diritti dell'uomo e, in alcuni ambienti, è stata proposta la futura subordinazione delle garanzie internazionali per la protezione dell'individuo al diritto nazionale contrastante.

Esame periodico universale (EPU) della Svizzera

In novembre 2012, gli altri Stati membri dell'ONU hanno sottoposto ad una seconda valutazione EPU il grado di adempimento della Svizzera ai suoi obblighi internazionali in materia di diritti umani nonché il suo potenziale di miglioramento. Il parere del Consiglio federale sui risultati dell'esame, espresso durante una riunione ufficiale del Consiglio dei diritti umani a marzo 2013, ha destato poco interesse tra l'opinione pubblica nonostante la grande rilevanza a livello pratico. La Svizzera ha accolto 99 delle 140 raccomandazioni

del Consiglio dei diritti umani. Questa decisione ha offerto al Centro svizzero di competenza per i diritti umani (CSDU) l'occasione per pubblicare un'edizione speciale della newsletter sull'EPU e sulla Svizzera. Alcune delle raccomandazioni hanno un approccio troppo generico per poter generare misure concrete oppure sono già state ampiamente attuate. Tuttavia, alcuni settori richiedono sforzi maggiori per l'attuazione delle raccomandazioni del Consiglio dei diritti umani entro il prossimo esame, nel 2016. Il CSDU sottolinea la disponibilità manifestata dal Consiglio federale ad accogliere la raccomandazione relativa alla creazione di un'istituzione nazionale indipendente per i diritti umani. Se la valutazione del CSDU, prevista per l'inizio del 2015, sarà disponibile, nell'estate 2015 il Consiglio federale prenderà una decisione definitiva.

Crescita della domanda di servizi del CSDU

Questa sintesi degli sviluppi principali lascia intuire che anche nel terzo anno di rapporto del CSDU le autorità, i rappresentanti della società civile, dell'economia ed i privati sono stati incoraggiati e hanno contribuito attivamente ad attuare i diritti umani in Svizzera e per la Svizzera. In tale ottica è emersa anche la necessità crescente di una consulenza e di un sostegno competente ed orientato verso la pratica. Anche i servizi del CSDU sono stati molto richiesti. Sebbene la nostra attività si basi sugli incarichi svolti nel quadro dell'accordo sulle prestazioni con il Dipartimento federale degli affari esteri (DFAE) e il Dipartimento federale di giustizia e polizia (DFGP), il fatto che nel 2013 altri uffici federali, ma anche sempre più committenti esterni alla Confederazione, si siano affidati alla nostra professionalità per perizie, studi e consulenze, è un dato particolarmente positivo.

Nel 2013 il CSDU ha svolto anche altre molteplici attività; per esempio, sono stati realizzati un documento di base sulla circoncisione maschile sotto il profilo dei diritti umani e uno studio preliminare su

tali diritti nell'ambito delle politiche sociali. Gli eventi organizzati a dicembre in occasione del 65° anniversario della Dichiarazione universale dei diritti umani hanno riscontrato una nutrita partecipazione: un dibattito pubblico all'Università di Zurigo è stato dedicato alle responsabilità in materia dei diritti umani delle società militari e di sicurezza private e un evento presso l'Università di Neuchâtel è stato incentrato sulla tutela della vita familiare e del benessere dei bambini nell'ambito del rinvio di delinquenti di origine straniera.

Nel 2013 è emersa chiaramente l'importanza di una consulenza indipendente, professionale, ancorata nella pratica e tecnicamente competente, nonché di un sostegno nell'attuazione dei diritti umani. Sono convinto che il lavoro del CSDU aiuti la Svizzera, già forte dei suoi notevoli risultati, a rispettare e proteggere ancor meglio i diritti umani all'interno dei suoi confini nazionali. Una migliore protezione dei diritti umani all'interno del Paese aiuterà la Svizzera a promuovere e richiedere in modo più credibile il rispetto dei diritti umani anche sulla scena internazionale.



Walter Kälin
Direttore CSDU

Tappe fondamentali del CSDU 2013

- Pubblicazione della ricerca «Umsetzung der Menschenrechte in der Schweiz»: ricerca suddivisa in sei volumi che vertono sulle tematiche chiave del CSDU
- Sviluppo e lancio di una «app» sui diritti umani delle donne
- Oltre 3000 abbonati alla newsletter del CSDU
- Sensibilizzazione e networking attraverso numerosi convegni, corsi di perfezionamento e workshop
- Massiccio aumento delle richieste di consulenza e di perizie (uffici federali, ONG)

PROTEZIONE GIURIDICA CONTRO L'ECCESSIVA VIOLENZA PERPETRATA DALLE FORZE DI POLIZIA

Quali possibilità esistono in Svizzera per verificare la legittimità del ricorso alla violenza da parte delle forze di polizia?

L'operato della polizia si innesta regolarmente in un ambito sensibile. In quanto titolare del monopolio dell'uso della forza, infatti, la polizia è autorizzata a limitare i diritti delle persone anche in modo massiccio, qualora ciò risulti necessario per garantire la sicurezza e l'ordine pubblico. Le forze di polizia si trovano sempre più spesso a dover decidere in frazioni di secondi se applicare la coercizione fisica o addirittura fare uso di armi da fuoco. È evidente che, in tali circostanze, certi errori possono essere commessi. Come dimostrato dai numerosi episodi degli ultimi anni, può accadere che alcuni agenti di polizia facciano un uso eccessivo della violenza anche in modo consapevole. Pertanto è ancora più importante che, sia per le presunte vittime, che per la credibilità della polizia stessa, simili accuse vengano accertate nel modo più oggettivo e rapido possibile da un'istanza indipendente e che i responsabili siano chiamati a rispondere delle proprie azioni. Lo studio del CSDU sulla protezione giuridica contro le aggressioni della polizia («Rechtsschutz gegen polizeiliche Übergriffe») analizza per la

prima volta le procedure ed i modelli esistenti nei vari Cantoni per l'accertamento di simili episodi.

Critiche alla Svizzera

Per lottare contro l'impunità di abusi o di uccisioni ingiustificate da parte degli organi statali, la base documentale dei diritti umani garantisce disposizioni dettagliate sulle procedure che lo Stato deve adottare per rispondere a simili accuse contro gli organi statali. In ben due sentenze contro la Svizzera, la Corte europea dei diritti dell'uomo è giunta alla conclusione che la procedura per l'accertamento di simili accuse non soddisfacesse gli standard posti dalla Convenzione europea dei diritti dell'uomo (CEDU). Nella sentenza Scavuzzo-Hager, la Svizzera è stata condannata poiché gli agenti di polizia responsabili della morte di una persona si sono occupati delle indagini in prima persona all'inizio della procedura. L'anno scorso la Corte europea dei diritti dell'uomo ha inoltre inficiato la validità dell'indagine condotta nella sentenza Dembele dalle autorità di Ginevra sulle accuse di violenza illegittima perpetrata dalle forze di polizia.

Obblighi di denuncia e d'indagine

Quali prescrizioni prevede la CEDU in caso di ricorso alla violenza da parte delle forze di polizia? In primo luogo, gli agenti di polizia e gli altri funzionari d'esecuzione sono obbligati a segnalare ai rispettivi superiori o alle autorità di giustizia eventuali casi di abusi di cui vengono a conoscenza. Ciò nonostante, l'obbligo di denuncia ha un'utilità pratica solo se i poliziotti che segnalano un episodio non temono ripercussioni negative a livello professionale.

Strettamente correlato all'obbligo di denuncia è l'obbligo dello Stato sotto il profilo dei diritti umani di condurre indagini pubbliche ed efficaci con la massima tempestività e con l'accuratezza e l'imparzialità dovute in merito ad uccisioni conseguenti all'utilizzo di armi da fuoco o ad accuse di trattamenti disumani da parte di organi statali. Del resto, l'apparato probatorio per le presunte vittime di violenza da parte delle forze di polizia è spesso precario poiché sovente mancano testimoni oculari indipendenti. Di conseguenza, la persona coinvolta deve solo rendere plausibile l'accusa, per esempio producendo un certificato medico. Spetterà poi allo Stato spiegare, in casi simili, l'origine di una ferita.

Importanza pratica di procedure a bassa soglia

In che modo la Svizzera tiene fede ai suoi obblighi in termini di diritti umani? Lo studio del CSDU mostra la grande utilità pratica delle procedure informali e a bassa soglia in Svizzera. Rivestono un ruolo fondamentale i cosiddetti «ricorsi cittadini» e, in alcuni Cantoni, anche le procedure di mediazione. Il ricorso dei cittadini, inteso come reclamo indirizzato alla polizia, consente di risolvere a livello non burocratico le controversie tra polizia e cittadini. Di norma, le indagini condotte nell'ambito di un ricorso cittadino non soddisfano i requisiti relativi ai diritti umani posti dall'obbligo di indagine dello Stato in caso di presunto ricorso ingiustifi-

cato alla violenza. In tal caso, la procedura penale è di gran lunga l'aspetto più importante.

Un'indagine indipendente nel procedimento penale?

Uno sguardo alla prassi delle indagini penali mette in discussione il fatto che la divisione dei poteri e l'indipendenza sancita per legge delle autorità di perseguimento penale garantiscano indagini sufficientemente efficaci su aggressioni da parte della polizia. Capita sempre più spesso, infatti, che la polizia venga incaricata dalla magistratura di condurre indagini sui propri agenti. Una simile procedura disattende le prescrizioni in materia di diritti umani relative a indagini indipendenti, poiché esse escludono categoricamente la partecipazione del corpo di polizia a cui appartiene l'agente accusato/a. I requisiti per un'indagine indipendente sotto il profilo dei diritti umani vanno ben oltre il legittimo sospetto concreto nel caso singolo e presumono che le indagini vengano condotte da un'autorità indipendente dal punto di vista gerarchico e organizzativo.

Importanza di altre procedure

Anche la procedura penale ha i suoi limiti dal momento in cui, nel caso di aggressione, è possibile dimostrare la responsabilità della polizia quale organo statale ma non quella individuale di un/a singolo/a agente. Per questo, gli strumenti giuridici che non riguardano una determinata persona ma lo Stato in quanto tale, completano la procedura nei confronti dei responsabili. Tra queste opzioni, finora raramente adottate dagli avvocati, figurano l'azione di responsabilità dello Stato, la procedura amministrativa o quella di ricorso prevista dal codice di procedura penale contro gli atti procedurali della polizia, la quale consente un giudizio diretto dell'azione in questione da parte del tribunale.

Lo studio può essere scaricato dal nostro sito web www.csdu.ch.

ATTIVITÀ

Informazioni, studi, consulenza e convegni: il CSDU offre consulenze ad autorità e membri della società civile e dell'economia nell'attuazione dei diritti umani in Svizzera attraverso un'ampia gamma di attività.

Che cosa facciamo?

Il compito del CSDU consiste nel sostenere e coadiuvare i diversi addetti ai lavori in Svizzera nell'attuazione degli obblighi internazionali in materia di diritti umani. A tal fine il CSDU propone servizi ed attività su misura.

Servizi

- Elaborazione di studi e perizie rilevanti per la prassi e attuabili nella pratica
- Organizzazione e svolgimento di corsi di formazione e perfezionamento
- Informazioni su standard internazionali e migliori pratiche
- Consulenza per processi interni
- Analisi e traduzione di linee guida internazionali per contesti specifici in ambito amministrativo ed economico
- Indagini volte a individuare lacune a livello di conoscenze

Gruppi target

- Amministrazione federale, Cantoni, conferenze intercantionali e Comuni
- Imprese private
- Mediatori e centri di assistenza alle vittime
- Istituzioni/fondazioni private
- Organizzazioni non governative
- Università, scuole universitarie professionali, alte scuole pedagogiche, scuole e altri istituti di formazione
- Media
- Associazioni, sindacati, partiti
- Altri settori interessati

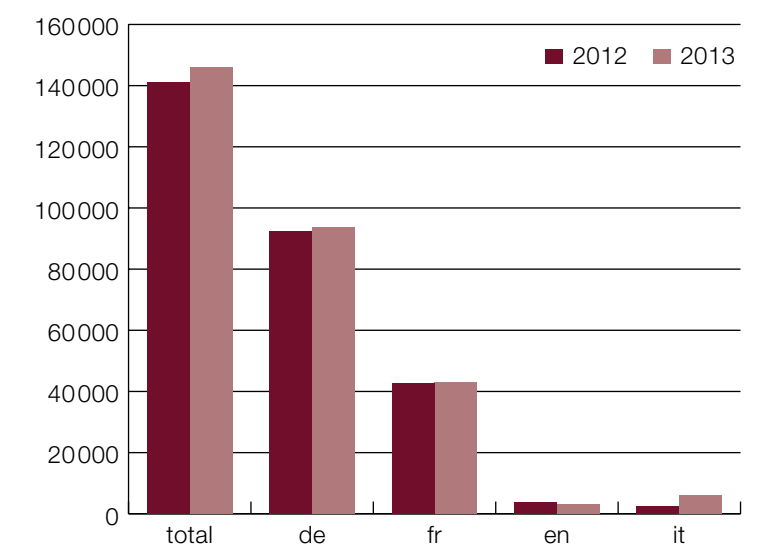
Newsletter del CSDU

La newsletter del CSDU commenta i temi di attualità nazionali e internazionali relativi ai diritti umani e analizza il relativo significato per la prassi svizzera. L'anno scorso sono stati pubblicati 83 articoli sui

diversi settori tematici del CSDU corredati da informazioni e approfondimenti. La newsletter del CSDU suscita grande interesse. Così, il numero dei suoi destinatari è aumentato rispetto all'anno precedente di circa il 20 per cento, superando i 3000 abbonati. La newsletter del CSDU viene pubblicata in francese ed in tedesco ed è possibile abbonarsi gratuitamente alla pagina www.csdu.ch.

Sito web CSDU

Anche il sito web del CSDU viene regolarmente visitato, soprattutto nelle versioni tedesca e francese, come mostra la seguente statistica sul numero di visite:



Pubblicazioni 2013

I documenti riportati di seguito, pubblicati l'anno scorso, sono disponibili gratuitamente sul nostro sito web (www.csdu.ch):

Vorstudie «Menschenrechte im Sozialwesen», Gülcan Akkaya/Nora Martin, febbraio 2013, 20 pag. (in tedesco)

Indagini preliminari sugli ambiti di applicazione, sullo stato delle conoscenze e sulle necessità di istituzioni operanti nel settore sociale in tema di diritti umani.

Die Knabenbeschneidung aus juristischer Sicht, Nathalie Hiltbrunner/Andrea Egbuna-Joss, 10 luglio 2013, 32 pag. (in tedesco)

Documento di base sulle disposizioni nazionali e internazionali da prendere in considerazione nel dibattito sull'ammissibilità della circoncisione maschile.

Umsetzung der Menschenrechte in der Schweiz, Eine Bestandesaufnahme im Bereich

- **Migration**, Pascal Mahon/Gianni D'Amato/Marie Maillefer/Fanny Matthey/Silvia Schönenberger/Nicole Wichmann, 144 pag. (in tedesco e francese)
- **Freiheitszug, Polizei und Justiz**, Jörg Künzli/Alexander Spring/Andreas Kind/Anja Eugster/Evelyne Sturm, 117 pag. (in tedesco e francese)
- **Geschlechterpolitik**, Christina Hausammann/Brigitte Schnegg/Anja Roth/Iris Glockengiesser/Rahel Kamber, 89 pag. (in tedesco e francese)
- **Institutionelle Fragen**, Andrea Egbuna-Joss/Nathalie Hiltbrunner/Eva Maria Belser, 91 pag. (in tedesco e francese)
- **Menschenrechte und Wirtschaft**, Christine Kaufmann/Jonatan Niedrig/Judith Wehrli/Laura Marschner/Christoph Good, 119 pag. (in tedesco e francese)
- **Kinder- und Jugendpolitik**, Philip D. Jaffé/Jean Zermatten/Fanny Balmer/Julie Gaudreau/Nicole Hitz Quenon/Paola Riva Gapany/Daniel Stoecklin/Aimée H. Zermatten, 129 pag. (in tedesco e francese)

Analisi tematica sull'attuazione delle raccomandazioni e delle decisioni degli organi internazionali con riferimento alla Svizzera.

Manifestazioni 2013

Das Recht des Kindes und des Jugendlichen auf seine sexuelle Orientierung und seine Geschlechtsidentität, 2–4 maggio 2013,

Sion, in collaborazione con il Consiglio d'Europa e ulteriori partner.

Convegno di più giorni sui temi chiave relativi alle norme internazionali e alla protezione dalla discriminazione.

Die Europäische Menschenrechtskonvention und die Kantone, 6 maggio 2013, Friburgo,

in collaborazione con l'Istituto di diritto europeo e l'Istituto del federalismo.

Convegno sul rapporto tra la CEDU e il diritto cantonale e sul ruolo della Confederazione e dei Cantoni nell'adozione della CEDU nel diritto svizzero.

Tavole rotonde e workshop sulle raccomandazioni e migliori pratiche sulla protezione delle donne dalla mutilazione genitale,

luglio–novembre 2013, Berna, su incarico dell'Ufficio federale della sanità pubblica (UFSP) e dell'Ufficio federale della migrazione (UFM). Cinque colloqui tra esperti sullo studio «Prevenzione, assistenza, protezione e intervento nel settore della mutilazione femminile in Svizzera» e workshop nel quadro della conferenza nazionale sulla violenza di genere tenutasi il 22 novembre 2013 a Berna.

Manifestazione per il lancio della Women's Human Rights App, 24 settembre 2013 a Ginevra

e 8 ottobre 2013 a New York, in collaborazione con le missioni permanenti della Svizzera presso le Nazioni Unite.

Manifestazioni per il lancio dell'applicazione Women's Human Rights App sviluppata dal CSDU.

Internationaler Menschenrechtsschutz,

ottobre–dicembre 2013, Berna, su incarico della Divisione Sicurezza umana (DSU) del DFAE.

Corso di perfezionamento per collaboratori dell'Amministrazione federale.

Tavola rotonda sulla ratifica del terzo protocollo facoltativo della Convenzione dell'ONU sui diritti del fanciullo da parte della Svizzera,

10 ottobre 2013, Berna, su incarico della Direzione del diritto internazionale pubblico (DDIP) del DFAE. [le foto 1 e 4]

Convegno di esperti sulle questioni relative all'attuazione a livello nazionale, cantonale e comunale e sulle ripercussioni successive alla ratifica del terzo protocollo facoltativo alla Convenzione sui diritti del fanciullo, la quale prevede la possibilità di ricorso individuale al Comitato dell'ONU per i diritti del fanciullo.

Tourisme sexuel impliquant des enfants: Prévention, protection, interdiction et soins aux victimes, 15–18 ottobre 2013, Sion, in collaborazione con Fondazione Svizzera per la Protezione dell'Infanzia/ECPAT Svizzera e SECO. Convegno di più giorni sullo sfruttamento dei bambini nell'ambito del turismo sessuale.

«Kompass» in der Schweiz – Menschenrechtsbildungsseminar für Jugendleiter/innen, Jugendarbeitende und Lehrpersonen,

11–15 novembre 2013, Lucerna, in collaborazione con il Centre de conseils et d'appuis pour les jeunes (Codap).

Corso sul manuale di formazione sui diritti umani «Compass» del Consiglio d'Europa e sull'applicazione dei relativi metodi di apprendimento e di animazione.

Workshop Complex Relations: Mobility, Human Rights and the Arab Spring,

14–17 novembre 2013, Lugano, in collaborazione con la Franklin University Switzerland, il Forum svizzero per lo studio delle migrazioni e della popolazione e l'Università di Coblenza e Landau.

Workshop sulle ripercussioni della primavera araba sul dibattito sui diritti umani.

Immigration and the West: Myths and misinformation in the public debate on migration,

19 novembre 2013, Berna, su incarico dell'Ambasciata canadese a Berna. [le foto 2, 3 e 5]

Manifestazione con la presenza di Doug Saunders, autore e giornalista, e Gianni D'Amato, responsabile del settore tematico Migrazione, sui miti nel dibattito pubblico sulla migrazione.

Sicherheit auf Kosten der Menschenrechte? Diskussion zur menschenrechtlichen Verantwortlichkeit privater Militär- und Sicherheitsfirmen,

9 dicembre 2013, Zurigo.

Dibattito pubblico con l'Ambasciatore Theodor H. Winkler, Centro di Ginevra per il Controllo Democratico delle Forze armate, e Anna Petrig, Università di Basilea, sull'impegno per la regolamentazione sul piano nazionale e internazionale delle società militari e di sicurezza private.

La Sécurité au prix des droits humains? Renvoi des criminels étrangers: quelle considération pour la famille et l'intérêt supérieur de l'enfant?,

11 dicembre 2013, Neuchâtel. [le foto 6 e 7]

Dibattito pubblico con Jean-Nathanaël Karakash, consigliere di Stato del Cantone di Neuchâtel, e Philippe Leuba, consigliere di Stato del Cantone di Vaud, sull'allontanamento di stranieri criminali e sulla protezione del diritto alla vita familiare e al benessere del fanciullo.

Una «app» sui diritti umani delle donne

Il CSDU ha sviluppato, su richiesta del DFAE, un'applicazione per smartphone e tablet che, attraverso l'uso di parole chiave, consente un rapido accesso ai fondamenti giuridici internazionali e ai testi delle risoluzioni dell'ONU concernenti i diritti delle donne e le questioni di genere. La nuova app offre uno strumento pratico e utile non solo alla Svizzera in sede di negoziati multilaterali ma, grazie al suo funzionamento semplice e rapido, anche alle ONG.



L'accesso avviene tramite il sito web www.womenshumanrights.ch.

Le manifestazioni CEDU in cifre:

Convegni di una o più giornate: 3

Workshop/tavole rotonde: 8

Dibattiti: 3

Corsi di perfezionamento: 2

Oltre a una lunga serie di conferenze e presentazioni in occasione di manifestazioni esterne.

SITUAZIONE DEI DIRITTI UMANI IN SVIZZERA

Ogni qualvolta gli organi internazionali criticano la Svizzera su questioni relative ai diritti umani, si levano voci di sdegno. Uno studio del CSDU ha verificato se le critiche alla Svizzera sono giustificate.

Sotto il profilo dei diritti umani, la Svizzera occupa indubbiamente una buona posizione a livello internazionale. Dal punto di vista del diritto pubblico internazionale tuttavia ciò non la solleva dall'onere di lavorare costantemente alla piena realizzazione dei diritti umani. Proprio perché la Svizzera intende tenere fede al proprio impegno di perseguire una politica esemplare di protezione e promozione dei diritti umani, a difesa della propria credibilità, è necessario vegliare in modo particolare al rispetto dei diritti umani all'interno del proprio territorio.

Le critiche mosse alla Svizzera dagli organi per i diritti umani dell'ONU e dal Consiglio d'Europa sono pertinenti? Se sì, quali misure le autorità hanno adottato per affrontare i problemi individuati?

Risposte esaustive a queste domande sono state per la prima volta raccolte nella ricerca del CSDU «Umsetzung der Menschenrechte in der Schweiz», pubblicata nel 2013 in sei volumi. Detta ricerca analizza e valuta le raccomandazioni rivolte alla Svizzera dagli organi internazionali per i diritti umani estrapolando gli attuali temi nevralgici nell'ambito della situazione dei diritti umani in Svizzera.

Di seguito ne vengono riportati alcuni a titolo esemplificativo.

Lacune nel sistema

Lo studio del CSDU conferma l'analisi effettuata dagli organi internazionali per i diritti umani, secondo cui in molti settori la disponibilità di dati statistici non basterebbe per una valutazione realistica della situazione dei diritti umani. In realtà, la Svizzera non dispone in misura sufficiente di dati attendibili sull'entità della tratta di esseri umani o sullo sfruttamento sessuale dei bambini, né sulle aggressioni da parte della polizia o sulla situazione di lesbiche, gay, bisessuali, transgender e intersessuali.

Lo studio individua inoltre numerose lacune nella legislazione, richiamando così l'attenzione sulla mancanza di un'ampia protezione di diritto privato contro la discriminazione. Questo postulato è da anni oggetto di controversi dibattiti politici. Nel 2013 il CSDU ha avviato, su richiesta della Confederazione, uno studio esaustivo sulla questione del ricorso alla giustizia nei casi di discriminazione. Il Centro elabora il concetto dello studio in collaborazione con gli uffici federali interessati. A metà del 2015, lo studio sulla protezione dalla discriminazione sarà portato a termine, gettando le basi per un dibattito approfondito sul tema.

La critica mossa dagli organi per i diritti umani dell'ONU e dal Consiglio d'Europa sulla presenza di problemi strutturali nell'ambito della carcerazione

preventiva viene confermata nello studio del CSDU. Dall'introduzione della possibilità della carcerazione a vita, per esempio, molteplici problemi giuridici sono apparsi come la questione dell'ammissibilità di un'ulteriore limitazione della libertà personale dopo aver scontato la pena detentiva o la gestione dei detenuti che necessitano di cure.

Problemi pratici

Lo studio condotto dal CSDU individua, oltre a lacune nel sistema, anche problemi nell'applicazione conforme ai diritti umani delle leggi in vigore. Vari esempi dimostrano che anche in Svizzera la polizia effettua controlli discriminatori in ragione della provenienza delle persone («racial profiling» o profilazione razziale).

Anche nell'ambito dell'asilo si costatano problemi nell'applicazione della legge. Così, la regolamentazione cantonale del soccorso d'emergenza a richiedenti d'asilo respinti entra spesso in conflitto con la garanzia dei diritti sociali dell'uomo.

Se da un lato tutti i Cantoni hanno sancito nelle loro leggi misure contro la violenza domestica per offrire una migliore protezione a donne e bambini, dall'altro, all'atto pratico, vi è anche qui un notevole bisogno di ottimizzazione come mostra l'eclatante mancanza di posti per le donne vittime di conflitti nelle case di accoglienza.

Bisogno di prevenzione

Un assunto fondamentale sta infine nel fatto che determinati tipi di violazione dei diritti umani in Svizzera potrebbero essere ridotti con misure di prevenzione più mirate ed efficaci. Nella prevenzione della xenofobia e della discriminazione a sfondo razzista si rendono necessari ulteriori interventi.

Anche la prevenzione della violenza contro i bambini si è rivelata deficitaria, in particolare per quanto riguarda l'abuso e lo sfruttamento sessuale nonché i casi di suicidio tra bambini e giovani.

Uno strumento di lavoro utile

Nei settori oggetto di esame di questo e dei successivi studi, i feedback degli organi di controllo dell'ONU e del Consiglio d'Europa possono aiutare a individuare criticità nel settore dei diritti umani e ad avviare le misure correttive necessarie. Lo studio del CSDU mostra che, di norma, le raccomandazioni internazionali sono utili e oggettive. Se vengono accolte senza pregiudizi, esse non sono fonte di irritazione ma rappresentano uno strumento di lavoro utile per politici e autorità.

Studio del CSDU in sei volumi

Le raccomandazioni internazionali sulle seguenti tematiche vengono messe al vaglio.

Migrazione

razzismo / diritto degli stranieri / diritto d'asilo / soccorso d'emergenza

Polizia e giustizia

privazione della libertà / polizia / giustizia - bilità dei diritti sociali / diritti procedurali

Politica di genere

donne e vita lavorativa / violenza contro le donne / orientamento sessuale

Politica dell'infanzia e della gioventù

benessere infantile / violenza contro i bambini / sfruttamento dei bambini / diritto all'educazione / minori non accompagnati

Questioni istituzionali

federalismo / Stato di diritto / Stato e religione / minoranze nazionali / protezione contro la discriminazione

Diritti umani ed Economia

linee guida ONU / mondo del lavoro

BANCHE E DIRITTI UMANI: INIZIATIVA DEL «GRUPPO DI THUN»

Con il supporto del CSDU il «gruppo di Thun», un gruppo di banche che opera a livello internazionale, presenta la prima iniziativa del settore per l'attuazione dei principi guida dell'ONU in materia di economia e di diritti umani nel settore finanziario.

Su invito delle principali banche svizzere: Credit Suisse e UBS, i rappresentanti delle banche attive a livello internazionale si sono incontrati nel maggio 2011 a Thun, per discutere delle ripercussioni dei principi guida dell'ONU in materia di economia e di diritti umani nel settore bancario (noti anche come cosiddetti principi guida Ruggie). Le banche aderenti hanno dichiarato di voler partecipare all'incontro per occuparsi congiuntamente ed in modo responsabile dell'attuazione dei principi guida dell'ONU, senza dover aspettare le prescrizioni di legge. Il CSDU ha offerto la propria consulenza scientifica durante il convegno.

Banche – un caso speciale?

I principi guida dell'ONU esigono dalle imprese la formulazione di una politica aziendale in accordo coi diritti umani (obbligo fondamentale), la cui concretizzazione consiste nel dovere di diligenza operativo, nonché nella creazione di meccanismi di rimedio e di riparazione. Ciò che in teoria appare come incredibilmente semplice, deve essere tuttavia tradotto in un linguaggio comprensibile e orientato verso la pratica, affinché possa essere applicato concretamente nell'ambito di una banca universale, così come in altri settori economici affini.

Poiché le banche offrono le loro prestazioni praticamente in tutti i settori dell'economia e sono collegate alle imprese e agli clienti tramite molteplici relazioni commerciali, le violazioni dei diritti umani rappresentano un tema di rilievo a diversi livelli: se da un lato le banche possono compromettere i diritti umani tramite il proprio operato, per esempio attraverso regolamentazioni discriminatorie per i propri dipendenti, dall'altra esse vengono coinvolte anche indirettamente nelle violazioni dei diritti umani perpetrate dai loro clienti, per esempio nell'ambito di un progetto finanziato da una banca per la rilocazione forzata o nel caso in cui i diritti umani vengano violati da imprese in cui una banca ha effettuato degli investimenti.

La complessità delle operazioni bancarie le pone tuttavia di fronte a particolari sfide, sia nell'attuazione dei principi guida dell'ONU sia, in particolare, nell'elaborazione dell'obbligo di diligenza aziendale. Il «gruppo di Thun» ha pertanto deciso di concentrare in una prima fase le proprie attività sui principi guida 16–21 e, nella fattispecie, sui requisiti relativi all'obbligo di diligenza.

Cambio di prospettiva: l'essere umano in primo piano

Una delle principali novità dei principi guida dell'ONU consiste nel cambiamento di prospettiva: da un approccio meramente orientato sul rischio si passa alla focalizzazione sulle persone coinvolte. Nei lavori del «gruppo di Thun», questa svolta prospettica si manifesta nel fatto che le ripercussioni negative sui diritti umani devono essere evitate e attutite indipendentemente dal rischio che potenzialmente rappresentano per la banca (reputazione, conseguenze finanziarie ecc.).

Concretamente: Diritti umani nelle attività bancarie

Per poter formulare gli obblighi di diligenza in modo consono alle pratiche quotidiane, il significato dei principi guida dell'ONU è stato analizzato singolarmente per ognuno dei tre settori commerciali tipicamente gestiti da una banca universale. Per ogni settore vengono illustrati i principali rischi e le questioni da affrontare. All'atto pratico, nel private and corporate banking esistono già regolamenti abbastanza dettagliati, mentre per l'asset management il tema dei diritti umani è ancora decisamente nuovo.

Perché solo un documento di discussione e non uno standard di settore?

Molte questioni controverse, quali la definizione di un rapporto commerciale, non trovano risposta nei principi guida dell'ONU. All'interno di ONU, OCSE e UE e in diversi Stati sono in corso discussioni sulle possibili modalità di attuazione dei principi guida dell'ONU. In uno scenario così dinamico non sorprende che il documento del «gruppo di Thun» non sia stato pubblicato come standard di settore bensì, nell'ottobre 2013, come documento di lavoro. Le banche che sostengono ufficialmente il documento sono sette: Barclays, BBVA, Credit Suisse AG, ING Bank N.V.,

Royal Bank of Scotland (RBS) Group, UBS AG e UniCredit. Il documento costituisce solo una dichiarazione di intenti generale sui diritti umani, delegandone la relativa elaborazione alle banche coinvolte, che peraltro hanno talvolta scelto modelli completamente diversi.

Il documento di discussione sottolinea l'importanza del sostegno di tale politica dei diritti umani da parte della direzione dei diversi istituti bancari, sia nell'ottica dell'accettazione interna, che della conciliabilità e della coerenza con altre politiche commerciali. Si rende pertanto necessario lo sviluppo di opportune misure di gestione e di formazione.

Come continuare?

John Ruggie, al termine del suo lavoro durato sei anni, presentò i principi guida al Consiglio per i diritti umani come «the end of the beginning». Lo stesso vale per i lavori del «gruppo di Thun». Con l'impegno in merito all'attuazione dei principi guida dell'ONU, i membri compiono un cambiamento di prospettiva, focalizzata sulle vittime delle violazioni dei diritti umani e non più su una mera analisi dei rischi. Ciò rappresenta indubbiamente una pietra miliare che influirà anche su altri settori. L'attuazione pratica sarà il banco di prova della serietà dell'impegno assunto in tal senso dalle banche.

La **presa di posizione** e il **documento di discussione** del «gruppo di Thun» sono disponibili tra le pubblicazioni alla voce «Menschenrechte und Wirtschaft» sul nostro sito web www.csdu.ch.

Come viene finanziato il CSDU? Per la durata del progetto pilota, il CSDU riceve un finanziamento annuale di base da parte della Confederazione, in particolare dal Dipartimento federale degli affari esteri (DFAE) e dal Dipartimento federale di giustizia e polizia (DFGP). Il finanziamento di base ammonta a 1 000 000 di franchi l'anno (da cui è detratta l'IVA). A fronte di tale finanziamento il CSDU fornisce alla Confederazione, nel quadro di un accordo di prestazioni annuale, servizi sotto forma di studi, manifestazioni e informazioni.

Il CSDU genera ulteriori risorse da mandati provenienti da autorità pubbliche, ONG e dall'economia privata; inoltre, i Cantoni universitari e le istituzioni partner che fanno parte della rete mettono a sua disposizione le proprie infrastrutture ed i membri del comitato direttivo partecipano a titolo onorifico, talvolta in misura considerevole, alle attività.

Conto economico per il contributo federale 2013

Conto economico	2013	2012
	CHF	CHF
Contributo federale (al netto dell'IVA)	925 925.94	925 925.94
Contributo federale riportato dagli anni precedenti	40 507.89	140 658.31
Altri contributi	785.02	24 831.13
	967 218.85	1 091 415.38
Oneri per il personale dell'ufficio	-242 250.45	-331 034.10
Oneri per i settori tematici e per il personale delle istituzioni partner	-617 393.57	-610 929.69
Spese materiali	-101 810.29	-112 760.20
Prefinanziamento Confederazione	-5 764.54	-36 691.39
	0.00	0.00

Spiegazioni relative al conto economico 2013

Il **contributo federale** al netto dell'IVA ammontava a 925 925,94 franchi. La Confederazione ha inoltre autorizzato il CSDU a riportare all'anno successivo i contributi federali non utilizzati del 2011 e 2012. Gli altri contributi risultano dai rimborsi delle assicurazioni sociali.

Le **uscite** concernono gli oneri per il personale dell'ufficio, quelli per i collaboratori dei settori tematici e di entrambi i settori trasversali nonché le spese generali di gestione (spese materiali).

Mandati di terzi

Rispetto all'anno precedente il CSDU è riuscito a pressoché triplicare le entrate da mandati di terzi, ovvero le entrate da mandati che esulano dall'accordo annuale sulle prestazioni, attraverso mandati supplementari di autorità, ONG e attori del settore economico. Queste **entrate** sono aumentate da 93 295 franchi (2012) a **369 806 franchi**. Il soddisfacente aumento di queste entrate è dovuto a diversi mandati supplementari soprattutto della Confederazione, ma sono aumentati costantemente anche i mandati minori dalle ONG. Il CSDU auspica fiducioso che questa tendenza positiva si riconfermi anche nel 2014, seppur in misura diversa.

Il CSDU è una rete composta dalle Università di Berna, Friburgo, Neuchâtel e Zurigo nonché dall'Istituto universitario Kurt Bösch, dal Centro per l'educazione sui diritti umani (ZMRB) dell'Alta scuola pedagogica Lucerna (PH Luzern) e dall'associazione Humanrights.ch/MERS. I collaboratori del CSDU che operano nei vari settori tematici sono distribuiti tra le varie sedi delle università e delle istituzioni partner coinvolte.

I delegati degli istituti e delle università partner, insieme al direttore, il prof. Walter Kälin, formano il **comitato direttivo** composto da dodici membri. Il Consiglio direttivo vigila sull'intero operato del CSDU e risponde delle attività svolte, del programma di lavoro e del budget.

Nelle questioni di orientamento strategico, il CSDU è coadiuvato da un **comitato consultivo**, che a tal fine può proporre raccomandazioni al comitato direttivo. Il comitato consultivo è composto da rappresentanti dell'amministrazione, della politica e della società civile.

L'**ufficio** del CSDU coordina l'attuazione dei progetti, organizza lo scambio di informazioni con e tra gli attori e coadiuva i settori tematici e gli istituti partner nelle questioni operative. L'ufficio ha sede presso l'Università di Berna e nel 2013 è stato diretto dalle due co-direttrici Evelyne Sturm e Serap Akgül-Demirbas. Nell'anno in rassegna il grado di occupazione totale del personale era superiore al 195 per cento (direttore, co-direttrici amministrative, collaboratrice scientifica e collaboratrice addetta alle finanze). La direzione del progetto per lo studio sulla discriminazione è anch'essa integrata all'ufficio. La co-direttrice Serap Akgül-Demirbas ha lasciato il CSDU alla fine di marzo 2014. Da allora la direzione è stata assunta da Evelyne Sturm.

Di seguito sono elencati i membri del comitato al 31 dicembre 2013:

Eugen David (Presidente),
Doris Angst (Vicepresidente),
Hans Ambühl, Liselotte Arni, Urs Bolz,
Martine Brunschwig Graf, Stefan Brupbacher, Wolfgang Bürgstein,
Didier Chambovey, Oskar Freysinger,
Michele Galizia, Roy Garré, Ida Glanzmann-Hunkeler, Kurt Gysi, Ulrich Gut, Ursula Haller, Peter Hodel, Max Hofmann, Sandra Imhof, Elisabeth Keller, Luzius Mader, Markus Mader, Sandra Maissen, Pierre Maudet, Geri Müller, Walter Müller, Markus Notter, Sybille Oetliker, Alexandre Plassard, Thomas Pletscher, Ron Popper, Simone Prodoliet, Paul Rechsteiner, Luc Recordon, Manon Schick, Anne Seydoux-Christe, Luzi Stamm, Andy Tschümperlin, Geert van Dok, Dieter von Blarer, Claude Wild.
Osservatrice: Vreni Müller-Hemmi

COMITATO DIRETTIVO, COLLABORATORI E PERSONALE

Membri del comitato direttivo e collaboratori del CSDU nel 2013



In memoria

Prof.ssa Brigitte Schnegg
16.9.1953 – 29.3.2014

Con grande dolore abbiamo dovuto congedarci dalla Prof.ssa Brigitte Schnegg. È venuta a mancare in modo improvviso il 29 marzo 2014. In qualità di direttrice del Centro interdisciplinare per la ricerca di genere dell'Università di Berna, ha creato e diretto con successo il settore tematico **Politica di genere** del CSDU.

Ricordiamo Brigitte Schnegg come una studiosa brillante, esperta di diritti umani e di diritti delle donne, impegnata in modo instancabile nella lotta per la parità di genere. Il suo grande impegno e il suo intervento risoluto per le tematiche del CSDU hanno reso possibili molti traguardi ritenuti impossibili. La sua perspicacia, il suo senso dell'umorismo e la sua cordialità ci mancheranno.

Ufficio

Walter Kälin (direttore)
Evelyne Sturm (co-direttrice amministrativa)
Serap Akgül-Demirbas
(co-direttrice amministrativa)
Nora Martin
Monika Wyss
Reto Locher (responsabile di progetto studio sulla discriminazione)

Settore tematico Migrazione

Gianni D'Amato (membro del comitato direttivo)
Pascal Mahon (membro del comitato direttivo)
Dina Bader
Fanny Matthey
Nicole Wichmann

Settore tematico Polizia e giustizia

Jörg Künzli (membro del comitato direttivo)
Anja Eugster

Nula Frei
Alexander Spring
Vijitha Veerakatty

Settore tematico **Politica di genere**

Brigitte Schnegg (membro del comitato direttivo)
Josefin De Pietro
Irene Grohsmann
Christina Hausammann
Anja Roth
Eliane Scheibler
Olga Vinogradova

Settore tematico **Politica dell'infanzia e della gioventù**

Philip Jaffé (membro del comitato direttivo)
Nicole Hitz Quenon
Paola Riva Gapany
Jean Zermatten

Settore tematico **Questioni istituzionali**

Eva Maria Belser (membro del comitato direttivo)
Peter Hänni (membro del comitato direttivo)
Andrea Egbuna-Joss
Raffael Fasel

Settore tematico **Diritti umani ed economia**

Christine Kaufmann
(membro del comitato direttivo)
Hans Peter Wehrli (membro del comitato direttivo)
Christoph Good
Jonatan Niedrig

Educazione sui diritti umani

Peter G. Kirchschräger
(membro del comitato direttivo)
Thomas Kirchschräger
Stefanie Rinaldi
Carmen Suter

Informazione e sensibilizzazione

Alex Sutter (membro del comitato direttivo)
Christina Hausammann
Isabelle Michaud
Beatrice Schild

Le persone elencate di seguito partecipano occasionalmente alle attività del CSDU:
Samantha Besson, Karl Hanson, Patrice Meyer-Bisch, Daniel Stoecklin.

PROSPETTIVE

Obiettivi e sfide per il 2014

L'anno scorso il CSDU ha dimostrato ancora una volta la propria efficacia. Con il notevole aumento dei mandati di terzi, che dimostra l'importanza e l'apprezzamento del lavoro prestato, abbiamo raggiunto un obiettivo importante. Il 2014 è per il CSDU l'ultimo anno prima della valutazione e della decisione del Consiglio federale sulla creazione di un'istituzione indipendente per i diritti umani. In vista della valutazione, uno dei nostri compiti principali consisterà nel concludere tutti i mandati che rientrano nel finanziamento di base entro la fine dell'anno, affinché le prestazioni erogate possano essere prese in considerazione ai fini della valutazione.

Porteremo avanti e approfondiremo anche nel 2014 gli attuali temi chiave, in modo tale da consolidare il profilo del CSDU. Attraverso un moderato incremento della flessibilità nell'accordo sulle prestazioni, il CSDU potrà inoltre partecipare sempre più spesso a tematiche e dibattiti d'attualità apportando le proprie informazioni e pareri. Vorremmo avvalerci di questa opportunità per offrire informazioni di base attendibili per tali discussioni. Inoltre, la newsletter del CSDU avrà un nuovo formato: pur mantenendo la qualità di sempre, in futuro la newsletter sarà pubblicata con una maggiore frequenza, sarà dotata di una struttura più chiara e si incentrerà maggiormente su analisi approfondite.

Infine, al comitato consultivo sarà assegnato un ruolo fondamentale nell'imminente dibattito sul valore aggiunto e sull'utilità del CSDU. Il Centro affiancherà il comitato consultivo con relative attività preparatorie.

Il CSDU: un progetto pilota

Il CSDU è un progetto pilota istituito dal Consiglio federale fino alla fine del 2015. Al termine di una valutazione, all'inizio del 2015, la Confederazione deciderà se trasformare il Centro in un'istituzione nazionale per i diritti umani indipendente e conforme ai «Principi di Parigi» validi a livello internazionale.

Gennaio 2010 / Bando di concorso della Confederazione

14 marzo 2011 / Accordo quadro tra la Confederazione e il CSDU

6 maggio 2011 / Manifestazione inaugurale

Da maggio a dicembre 2011 / Allestimento del centro

Da gennaio 2014 / Fase operativa

2015 / Valutazione da parte della Confederazione e decisione del Consiglio federale sul futuro del CSDU

Dicembre 2015 / Prevista conclusione del progetto pilota

IMPRESSUM / IMPRESSUM / COLOPHON

Schweizerisches Kompetenzzentrum für Menschenrechte
Centre suisse de compétence pour les droits humains
Centro svizzero di competenza per i diritti umani

Schanzeneckstrasse 1
3012 Bern / 3012 Berne / 3012 Berna
+ 41 (0)31 631 86 51
skmr@skmr.unibe.ch
www.skmr.ch / www.csdh.ch / www.csdu.ch

Redaktion / Rédaction / Redazione

Evelyne Sturm, Alex Sutter, Walter Kälin

Übersetzung / Traduction / Traduzione

Nora Martin, Heidi Talhouedec, Servizio linguistico DFAE

Gestaltung/Layout / Conception graphique/layout / Impaginazione/layout

büro z {grafik design}, Bern

Bilder / Photos / Foto

Manu Friederich (S. 20, p. 38, pag. 56)
SKMR (S. 10) / CSDH (p. 28) / CSDU (pag. 46)

Auflage / Tirage / Edizione

900

Druck / Impression / Stampa

Ast & Fischer AG, Wabern

© 2014, Schweizerisches Kompetenzzentrum für Menschenrechte
© 2014, Centre suisse de compétence pour les droits humains
© 2014, Centro svizzero di competenza per i diritti umani